

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 107 SONNTAG, 30. Juni 1935

Aus dem Inhalt:
Neue Katholikenverfolgungen
Das System baut eine Flotte
Geheime Ziele der Hitlerpolitik
Fortschreitende Wirtschaftszerrüttung

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Die Nutznießer des 30. Juni

Unser Kampf gegen das braune Mordsystem

Seit dem Kameradenmord vom 30. Juni 1934 ist ein Jahr verflossen, in dessen Verlauf das Bild und das Wesen der deutschen Diktatur mit aller Schärfe hervorgetreten sind. In ihren wesentlichen Zügen entspricht die Entwicklung dem, was wir vor einem Jahre vorausgesehen und worauf wir unsere Politik gegründet haben. Die deutsche Sozialdemokratie kennt aus einem Kampfe, der sich über viele Jahrzehnte erstreckt, die Kräfte der deutschen Reaktion und des Militarismus aus nächster Nähe. Sie ist am stärksten gesichert gegen Illusionen und Fehlurteile. Die Veröffentlichungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes haben vor einem Jahre mit der größten Präzision das Wesen des 30. Juni und seine politischen Folgen gezeigt. Wir sahen damals drei wesentliche Momente: den Stoß des offiziellen, sich auf die traditionellen Oberschichten stützenden Militarismus gegen die plebejische Machtorganisation der SA, die Befreiung der Großbourgeoisie von der Furcht vor einer Revolte des plebejischen Elements in der NSDAP, das endgültige Bündnis Hitlers mit der Großbourgeoisie und damit die Umwandlung des totalen Staates in eine kapitalistische Diktatur.

Wir schrieben damals in den Deutschlandberichten des Sozialdemokratischen Parteivorstandes:

„Das Entscheidende ist: die Reichswehr ist heute wieder Träger und Kern des deutschen Machtstaates, sie hat den unbestrittenen Oberbefehl, und darum ist Hitler heute nicht nur ihr Verbündeter, sondern darüber hinaus ihr Gefangener. Mit dieser Regelung wird die deutsche Außenpolitik ihre Aktivität wieder aufnehmen. Sie wird nun auf eine Rüstungskonvention hinarbeiten, sie wird unter Hinweis darauf, daß die Ordnung garantiert sei, den Ring der Blockade zu sprengen versuchen. ... Jetzt wird die Sache ernst! Die auf die potentielle Vorbereitung des Krieges gerichtete deutsche Machtpolitik hat sich eine schwere Belastung vom Halse geschafft. Sie kann freier als zuvor manövrieren und sie hat dabei nicht einmal an augenblicklicher, militärischer effektiver Kraft eingebüßt. Man muß mit allem Ernst die Bedeutung dieses neuen Bündnisses zwischen Hitler und der Reichswehr vor Augen führen. Nach innen gesehen bedeutet der 30. Juni den Sieg der Armee, nach außen gesehen eine Konsolidierung des aktivistischen Nationalismus.“

Heute ist der Ernst des Bündnisses zwischen der Armee und Hitler der ganzen Welt klar. Der aktivistische Nationalismus der deutschen Außenpolitik versetzt ganz Europa in Unruhe, er hat eine neue Periode des Wettübens hervorgerufen. Deutschland besitzt das stärkste Landheer Europas. Der Oberbefehl der alten Reichswehrführung im Kriegsfall ist gesichert, von der SA spricht kein Mensch mehr. Die alte Drohung des preußischen Militarismus mit all ihren unheilvollen Konsequenzen erhebt wieder. Das Heer und der Nationalismus sind die wichtigsten Klammern des Staates gegen-

über den von der Diktatur täglich neu erzeugten und verschärften Sprengungstendenzen. Der Einfluß des Heeres und des damit verbundenen militaristischen und nationalistischen Denkens auf die Köpfe ist für die Diktatur des Großbesitzes ein viel tiefer wirkendes Machtinstrument als es jemals die SA gewesen ist.

Der deutsche Militarismus steht heute weithin sichtbar im Vordergrund. Er ist jedoch isoliert nicht zu begreifen: es trägt und stützt ihn die Diktatur der Großbourgeoisie, die sich hinter dem Namen Hitler verbirgt. Sie bestimmt seine Formen und die Richtung seiner Entwicklung. Diese Diktatur wurde am 30. Juni 1934 gesichert. Am 8. Juli 1934 schrieben wir in Nr. 56 des »Neuen Vorwärts«:

„Ein Teil der parasitären Herrenschicht hat sich Existenz und Fortbestand der Herrschaft erkauft mit dem Blute des anderen Teils. Die Ereignisse vom 30. Juni sind in ihrem Wesen eine widerlicher Handel mit Köpfen. Die Köpfe ihrer ehemaligen Freunde und Kameraden sind das Eintrittsgeld, das Hitler und Genossen für ihren endgültigen Eintritt in den

Kreis der feinen Leute, der Großbourgeoisie bezahlen.

Hitler und sein Masseneinfluß ist den Großkapitalisten immer wertvoll und unentbehrlich geblieben. Je stärker die wirtschaftliche Not wuchs, umso wertvoller wurde es für die Schacht, Schmitt, Krupp, Thyssen und Genossen, daß breite Volksmassen noch immer sagten: „Hitler hat die besten Absichten — Hitler will all das nicht, was uns drückt.“ Solange diese Suggestion vorhält, so lange werden die Monopolkapitalisten an diesem Bündnis festhalten und mit ihnen die Reichswehr. In diesem Bündnis sind die feinen Leute immer mehr der bestimmende Teil geworden. Sie wollen es bleiben. Die letzten Illusionen einer zweiten nationalsozialistischen Revolution mit sozialistischem Charakter zerrieben. Die kapitalistische Ordnung — ungestört von wem auch immer — ist das Ziel der Diktatur, die vor nichts zurückschreckt.

Das „anständige Deutschland“ eilt herbei und schüttelt die Hände der Kameradenmörder. Als erster kam Reichswehrminister Blomberg, um das

Bündnis zwischen Reichswehr und Hitler zu bekräftigen, und bald folgte der Herr Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg mit tief empfundenem Dank. Man hat von der Sphinx Reichswehr gesprochen, sie ist enträsel. Sie geht mit Hitler.

Es gibt nur eine Kraft, die dies System endgültig ablösen könnte — die Masse der Arbeiterschaft. An ihr ist es, sich zu sammeln, zu arbeiten an der Zerstörung der neuen Legende, an der Entzauberung Hitlers.“

Was ist heute? Ein Bündnis zur Beherrschung und Ausbeutung des Volkes, kein totaler Staat, aber eine Koalition zwischen den verschiedenen Klassen und Fraktionen des Großbesitzes, ein neues, von der politischen Diktatur gekröntes, auf der Arme ruhendes Solidaritätssystem des Besitzes, innerhalb dessen es mehr oder weniger nach der Formel geht: jedem das Seine — auf Kosten der Besitzlosen. Alle Klassen und Fraktionen der Herrschenden wirken ein auf die Politik und die Bewegungen des Systems, die nicht aus den Interessen und den Forderungen einer Klasse oder Fraktion zu erklären sind. Es wohnen nebeneinander verschiedene

Prozeß gegen 150 Sozialdemokraten

Bis zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus für Gefangenenhilfe!

Vor dem Oberlandesgericht in Hamburg findet augenblicklich eine Reihe Prozesse gegen 150 ehemalige Sozialdemokraten statt. Die Anklage lautet, wie in der Verhandlung am ersten Tage bekannt wurde, gegen 7 Angeklagte, und zwar: W. Schmedemann, W. Ropers, Dr. Dietrich, H. Weidt, O. Schuhmann, Klara Hippe, Inga Dingler auf Hochverrat, weil sie angeblich die sozialdemokratische Partei neugebildet und gleichzeitig für die Angehörigen der im Konzentrationslager und Gefängnis sitzenden Mitmenschen Gelder gesammelt und verteilt haben.

Alle Angeklagten bestritten, sich des Hochverrates schuldig gemacht zu haben, gaben jedoch zu, aus Mitleid Sammlungen durchgeführt und die gesammelten Gelder verteilt zu haben. Bei der Verteilung der Gelder fragten sie nicht nach der früheren Parteizugehörigkeit.

Während der Verhandlung wurde festgestellt, daß bis in die letzte Zeit hinein, in Deutschland Gefangene schwer mißhandelt werden, um Geständnisse von ihnen zu erpressen. Drei der Angeklagten, und zwar Schmedemann, Weidt und Ropers erklärten, daß sie vieles von dem, was sie ausgesagt hätten, zurücknehmen müßten, da diese Angaben unter dem Druck der furchtbaren Mißhandlungen gemacht worden seien.

Die vom Richter als Zeugen vernommenen Kriminalbeamten erklärten, daß sie sich auf diese Mißhandlungen nicht besinnen könnten. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten insgesamt 15 Jahre Zuchthaus und 28 Monate Gefängnis.

Das Urteil lautete: Schmedemann 2½ Jahre Zuchthaus; Ropers, 1 Jahr 10 Monate Zuchthaus; Weidt, 1 Jahr 10 Monate Zuchthaus; Schuhmann, 1½ Jahre Zuchthaus; Dr. Dietrich, 1 Jahr

Gefängnis; Klara Hippe, 7 Monate Gefängnis; Inga Dingler, Freispruch. Allen Angeklagten wurden 7 Monate der Untersuchungshaft angerechnet.

In der Urteilsbegründung erklärt der Präsident, daß das Gericht zu diesem Urteil gekommen sei auf Grund der anständigen und aufrechten Haltung der Angeklagten und weil die Neubildung der sozialdemokratischen Partei nicht als erwiesen angesehen werden könne, obwohl letzteres nicht ganz von der Hand zu weisen sei. Im großen und ganzen sieht der Präsident doch in den Anhängern der ehemaligen sozialdemokratischen Partei anständige, ehrenwerte Menschen und aufrechte Kämpfer für ihre Idee.

Im Zuchthaus gestorben

Todesstrafe auf kaltem Wege vollstreckt. Im Zuchthaus zu Waldheim ist der Genosse Richard Lohmann aus Leipzig gestorben. Vor knapp einem Jahr wurde Richard Lohmann vom Sondergericht für das Land Sachsen wegen angeblichem Hochverrat zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Er hatte illegale Literatur, insbesondere die »Sozialistische Aktion« und den »Neuen Vorwärts« nach Deutschland gebracht und in größeren Mengen in Leipzig verbreitet.

Der Staatsanwalt hatte den Genossen Lohmann in seiner Anklagerede als einen »gefährlichen Menschen« bezeichnet, gegen den eine strenge Strafzumessung nicht nur als Sühne, sondern als Abschreckung zu erfolgen habe. Dieser Blutscherge des Hitlerregimes erklärte damals, reiflich erwogen zu haben,

ob er nicht den Antrag auf Todesstrafe gegen Lohmann stellen solle! Aber schließlich begnügte er sich damit »nur« zwölf Jahre Zuchthaus zu verlangen — auf Grund des Reichsgesetzes vom 13. Okto-

ber 1933. Die willigen Blutrichter des Sondergerichts entsprachen dem Antrag. Sie begründeten diese ungeheuerliche Strafe damit, daß »Lohmann trotz der Schutzhaft, die über ihn einst verhängt worden war, und der von ihm bei der Entlassung abgegebenen eidesstattlichen Versicherung weiter gegen die staatliche Sicherheit gewühlt hatte. Strafverschärfend war die Raffiniertheit des Angeklagten, der Umfang und Zeitpunkt der Verbreitung dieser Hetzschriften.«

Hinter dem Genossen Lohmann schlossen sich die Zuchthausmauern. Er war ein einfacher Arbeiter, der in den letzten Jahren als Straßenverkäufer der »Leipziger Volkszeitung« seinen Erwerb gefunden hatte. Als Parteifunktionär gehörte er zu jenen pflichttreuen Arbeitern, die stets sofort zur Stelle sind, wenn die Partei ruft. Diesen Arbeiter fürchtete das Terrorregime so sehr, daß es ihn im Zuchthaus begrub!

Jetzt erhalten wir die Nachricht, daß er tot ist. Ob er außer den verschärften Methoden des Strafvollzugs noch andere Folterungsmethoden, denen die politischen Gefangenen auch in den Strafanstalten nicht selten ausgesetzt sind, ertragen mußte, konnten wir nicht in Erfahrung bringen.

Richard Lohmann war erst wenig über 50 Jahre alt und vor seiner Verhaftung ein gesunder Mensch.

Jetzt haben sie ihn erledigt und melden ihn als »gestorben«. Gestorben im Zuchthaus — ein Schicksal, daß die faschistischen Verbrecher vorher schon anderen Kämpfern bereitet haben und dem andere, die sich in ihrer Gewalt befinden, noch entgegengehen!

Richard Lohmann ging ins Zuchthaus als antifaschistischer Kämpfer, als unerschütterlicher Anhänger der Sozialdemokratie. Als Opfer des faschistischen Blutregimes ist er gestorben! Und also solches werden die antifaschistischen Arbeiter von Leipzig sein. Andenken bewahren.

Schulen der Außenpolitik: die antiholocaustische Ostpolitik Rosenbergs mit der Bodenideologie, die nach dem Balkan drängenden Tendenzen, die an eine Tendenz aus dem Kaiserreich anknüpfen, und die reinen Weltpolitiker, die ihre Blicke über See richten. Auf dem Gebiete der Rüstungen hat es ebensowenig den vollen Sieg einer bestimmten theoretischen Schule gegeben, nebeneinander bestehen die Kaders der Reichswehr, die ein leicht bewegliches, mechanisiertes Stoßheer darstellen und das neue Massenheer, zur Landrüstung wird eine starke Flotte gefügt, die ihrem Wesen und Gliederung nach bei der heutigen Konstellation nur als ausgesprochenes Angriffsinstrument Sinn hat. Jede Rüstung bedeutet Profitsteigerung für die großkapitalistische Herrschaft, bei dem Umfang der Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind fast alle Teile dieser Schicht daran beteiligt. Es ist Korruption in riesigen Dimensionen, es ist ein verbrecherisches Bündnis gegen das Volk. Die private Korruption in den Spitzen des Systems ist größer als vor dem 30. Juni 1934 — aber sie ist heute geheiligt, weil sie den Preis darstellt, den der Großbesitz den Männern des Systems für die geopfert Kameradenköpfe zahlt. Dies System filzt sich immer mehr zusammen, es hat seine eigenen Zwangsläufigkeiten. Der einheitliche wirtschaftliche Oberbefehl soll es am Auseinanderfallen verhindern, und kann doch die Grenzen nicht überspringen, an die das System stößt, und die der Tatsache entspringen, daß die Rüstungskonjunktur nicht getragen ist von einer wirklichen Konjunktur. Drohend steht vor diesem System das Gespenst einer finanziellen Katastrophe. Der Wechsel auf die Leidens- und Ausbeutungsfähigkeit des deutschen Volkes mag sehr langfristig sein — aber eines Tages wird er präsentiert werden. Was wird dann sein?

Wir wiederholen: es gibt nur eine Kraft, die dies System endgültig ablösen kann — die Masse der Arbeiterschaft! Niemand kann den deutschen Arbeitern Vorschriften über das Tempo ihres Kampfes machen. Der sozialdemokratische Parteivorstand wirkt für die Organisation dieses Kampfes. Er kämpft gegen die Verhüllungsideologien des Systems, er zeigt den deutschen Arbeitern ihre historische Aufgabe. Er hat im Laufe des Jahres, das seit dem 30. Juni 1934 verfloßen ist, die illegale Organisation in Deutschland so gefestigt, daß sie der Haß und die Verfolgungen des Systems nicht mehr zerstören können. Er kann mit Stolz von sich das sagen, was das System als Anklage gegen ihn erhebt, daß er im Mittelpunkt des Kampfes gegen das System steht. Dieser Kampf ist nicht vergebens!

Die Kräfte der Arbeiterschaft kommen langsam in Bewegung, aber sie bewegen sich! Die Stimmung in den industriellen Betrieben ändert sich. Der Einfluß der NSBO, der NSDAP vergeht und der oppositionelle Einfluß wächst. Dieser oppositionelle Einfluß aber ist in erster Linie sozialdemokratischer Einfluß. Wir beobachten die Entwicklung in Deutschland mit gesundem Realismus, unsere lebendige Verbindung mit der illegalen Bewegung über ganz Deutschland hinweg bewahrt uns vor dogmatischen Konstruktionen und vor Illusionen — mit umso größerem Recht können wir heute sagen: die deutsche Arbeiterschaft lebt. Sie bewegt sich. Sie ist die Zukunftshoffnung des deutschen Volkes und sie wird niemals das System des 30. Juni zur Ruhe kommen lassen.

Der protestantische Kirchenstreit

Zwischen der protestantischen Bekenntniskirche und dem System ist eine Entspannung eingetreten. Auf der Nationalsynode der Bekenntniskirche in Augsburg ist eine Einheitsfront innerhalb der Bekenntniskirche hergestellt worden. Ein Vertreter des Reichsinnenministeriums versprach die Freilassung der verhafteten und in Konzentrationslagern befindlichen Pastoren.

Die Vertreter der entschiedenen Richtung, voran der Pastor Niemöller, sind gegenüber dieser Entspannung skeptisch. Mit gutem Grund. Die Bemühungen der Hitler-Politik um England, zwingen zur Rücksicht auf die Stimmung in englischen kirchlichen Kreisen, die über die Behandlung der evangelischen Pastoren besonders erregt waren. Wenn diese Konjunktur vorbei ist, werden die Frick und Genossen wieder andere Saiten aufziehen.

Die katholische Opposition

Neue Katholikenverfolgung in Hitler-Deutschland

Dulden oder kämpfen?

In München ist am Fronleichnamstage der passive Widerstand des Katholizismus gegen die antiklerikale Nazipolitik in einer großen öffentlichen Kundgebung elementar durchgebrochen. Tausende Katholiken, meist junge Leute, zogen zum Palais des Kardinalerzbischofs Dr. Faulhaber, brachten Hochrufe aus und sangen kirchliche Lieder. Der Kardinal erschien auf dem Balkon und nahm stürmische Huldigungen der verbotenen Demonstration entgegen. Nationalsozialistische Formationen zerstreuten die Kundgebung, nachdem sie etwa 30 Minuten gedauert hatte.

Auf einen anderen Ton als diese Kampfkundgebung war eine Ansprache des Regensburger Bischofs Dr. Michael Buchberger in der Generalversammlung des bayerischen Klerusverbandes abgestimmt. Er gab als Parole für den Gegenwartskampf »Wahrheit, Klarheit und Klugheit« aus. Die Klugheit unterstrich er, denn sie müsse darauf bedacht sein, unnötige Konflikte und Schärpen zu vermeiden. Vielfach übersehen diejenigen, die sehr tapfer sind, daß noch eine größere Tapferkeit notwendig ist im Leiden, Dulden, Ausharren als im Kämpfen. »Wir werden uns nie etwas vergeben in Dingen des Glaubens und des Gewissens. In jeder Beziehung werden wir unsere Pflicht tun, und wir werden nie stumm sein, wo wir reden müssen.«

Es ist die alte vorsichtige Bischofs-taktik, die aus diesen Worten spricht, die alte Erfahrung, daß die Kirche auf die Dauer einen längeren Atem haben werde. Viele deutschen Katholiken, und nicht die schlechtesten, meinen aber entgegen dem Herrn Bischof von Regensburg, daß der Episkopat zu oft und jedenfalls zu lange geschwiegen habe. Nicht nur in Fragen des Katholizismus, sondern auch gegenüber den zahllosen Verbrechen, die der Hitlerstaat und die Hitlerpartei gegen deutsche Volksgenossen und auch Glieder der katholischen Kirche verübt habe. Insbesondere viele junge Katholiken, die über die Staatsstyrenee nicht weniger erbittert sind als die Marxisten, sind der Ueberzeugung, es sei hohe Zeit, daß die katholische Kirche in Deutschland kirchliche Märtyrer habe, und zwar nicht Laien, sondern Priester, hohe Priester, damit der Vorwurf schwinde, der jetzt vielfach bis in die Reihen der Katholiken erhoben werde, daß zuviel Menschenfurcht in der Kirche herrsche und zu wenig sichtbarer Wille, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen.

Neuer Terror gegen katholische Jugend

Systematisches Vorgehen der braunen Behörden in Süddeutschland.

In Süddeutschland spielen sich schwere Kämpfe zwischen der katholischen Jugendbewegung und den Nazimachthabern ab. Die nationalsozialistische Presse ist mit den massivsten Angriffen gegen die »schwarzen Unruhehelfer«, wie sie die katholischen Kreise mit Vorliebe nennen, angefüllt. So heißt es in der »Bodenseerundschau« vom 13. Juni 1935:

»Schon seit Monaten wurden aus den Reihen der Hitlerjugend wiederholt Klagen laut, die auf das ebenso anmaßende wie freche Treiben der katholischen Jugendverbände hinwiesen.«

Das ebenso freche wie anmaßende Treiben der katholischen Jugend besteht darin, daß sie auf die ihnen rechtlich und vertraglich zustehenden Rechte pocht und sie ausnutzt. Die Hitlerjugend dagegen stößt zu einer neuen Offensive gegen die katholische Jugend vor. Sie folgt damit den eindeutigen Anweisungen ihrer Reichsleitung. Es ist nicht der erste Kampf dieser Art, der jetzt in Süddeutschland mit besonderer Erbitterung durchgeführt wird. Tatbestand ist, daß der Hitlerjugend die Zertrümmerung der katholischen Jugend nicht gelungen ist, daß vielmehr der Geist des Zusammenhalts und des Widerstandes in der katholischen Jugend anhält. Diese Kämpfe erregen in der Bevölkerung großes Aufsehen und wirken sehr stark gegen das System.

In Bayern hat an einem der letzten Sonntage die Hitlerjugend zu einem Schläge von ganz besonderer Art ausgeholt. Sie wurde restlos mobilisiert und

schickte durch das ganze Land Patrouillen, die sich Polizeigewalt anmaßten. Sie drangen in alle Jugendherbergen, alle Wanderheime und Unterkunfthäuser ein, um eine Kontrolle der wandernden Jugend auszuüben. Sie verlangten von jedem Angehaltenen Personalausweise und genaue Auskünfte über Zweck und Ziel der Wanderung und Organisationszugehörigkeit. Selbst auf Straßen und Wanderwegen wurden von diesen Hitlerjugendpatrouillen wandernde Jugendliche angehalten. Es kam überall zu schweren Konflikten, da die Jugendlichen sich über die anmaßte Polizeigewalt der Hitlerjugend hinwegsetzten. An einigen Stellen holten sich die Jungen, die Polizei spielten, eine tüchtige Abfuhr, an vielen Orten mußte die Polizei eingreifen. Der Zweck der Uebung war, der katholischen Jugend die bevorrechtete Stellung der Hitlerjugend zu demonstrieren. Außerdem sollte festgestellt werden, ob Mitglieder der Hitlerjugend an Wanderungen katholischer Jugendverbände teilnehmen. Die bei katholischen Wanderungen getroffenen Mitglieder der Hitlerjugend wurden zur Rede gestellt, ihre Ausweise wurden ihnen abgenommen und es wurden ihnen Disziplinarverfahren angedroht. Diese Aktion der Hitlerjugend hat in der Bevölkerung große Erbitterung hervorgerufen. Die katholische Bevölkerung hat die Antwort darauf bei der Münchner Fronleichnamprozession gegeben. Die Beteiligung daran war ungewöhnlich stark. Besonders fiel die Teilnahme der Reichswehr an der Prozession auf, die zugleich einen Schutz der Prozession gegen Angriffe darstellte.

In Württemberg geht dieser Kampf seit vielen Wochen. Die Gebietsführer der Hitlerjugend Gebiet 20 (Württemberg) haben in öffentlichen Kundgebungen systematisch zum Kampf gegen die katholische Jugend aufgefordert. Sie nahmen besonders zum Anlaß, daß bei einer Prügelei zwischen ganz kleinen Schuljungen ein achtjähriger Jungvolk-Angehöriger in Uniform in Ulm von katholischen Jungen verprügelt worden ist. Der stellvertretende Gauleiter Schmidt bezeichnete auf einer Kundgebung in Mühlacker die konfessionellen Jugendverbände als Kampfororganisationen gegen die nationalsozialistische Weltanschauung. Die Hitlerjugend nehme das Recht in Anspruch, eine einheitliche Jugendorganisation für sich zu gestalten. Ende Mai verbot die Außenhauptstelle Ulm des württembergischen politischen Landespolizeiamts die katholischen Jugendorganisationen, katholische Pfadfinder und Neudeutschland bis auf weiteres. Zur Begründung mußte der verprügelte achtjährige Junge von Ulm herhalten. Mitte Juni erließ das württembergische Landespolizeiamt ein allgemeines Uniformverbot für katholische Jugendverbände. Den nationalsozialistischen Verbänden wird jede Betätigung als Schutzverband untersagt. Das Tragen einheitlicher, die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Verband, kennzeichnender Kleidung wird allen Verbänden mit Ausnahme der nationalsozialistischen untersagt.

Auf Württemberg folgte Baden. Am 13. Juni wurden in Radolfzell am Bodensee drei Mitglieder katholischer Jugendorganisationen in Schutzhaft genommen. Die Nazipresse warf ihnen vor, »daß diese Verbände schon seit längerer Zeit durch ihr herausforderndes Verhalten systematisch eine feindliche Stimmung in die Bevölkerung getragen hätten. Es könne nicht geduldet werden, daß ein Hitlerjunge, der die nationalsozialistischen Abzeichen des Staates trage, öffentlich angegriffen und geschmäht werde. Hinter jedem Hitlerjungen stehe die Autorität des nationalsozialistischen Staates«. Gleichzeitig wurde eine sogenannte Protestkundgebung der Hitlerjugend arrangiert. Ferner wurden die Abhaltungen vereinsmäßiger Veranstaltungen aller Art der konfessionellen Jugendverbände untersagt und das Heim der katholischen Jugend in Radolfzell bis auf weiteres geschlossen. Am 20. Juni erfolgte ein allgemeines Betätigungsverbot für katholische Jugendverbände in Baden. Es lautete:

»Den nationalsozialistischen Jugendverbänden und Vereinigungen wird jede Betätigung unter freiem Himmel, insbesondere die Veranstaltung geländesportlicher Uebun-

gen verboten. Dies gilt nicht für Veranstaltungen auf einbefriedeten Grundstücken. Das Tragen einheitlicher, die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation kennzeichnender Kleidung wird allen nichtnationalsozialistischen Jugendverbänden und Vereinigungen verboten.«

Die Gleichheit der Maßnahmen in Württemberg und Baden läßt erkennen, daß es sich um einen systematischen zentralisierten Vorstoß gegen die katholische Jugendbewegung handelt. Die Bestimmungen des Konkordats sind von den nationalsozialistischen Behörden längst mit Füßen getreten worden. Aber die Widerstandskraft der katholischen Jugendbewegung ist keineswegs gebrochen. Darum setzen jetzt Hitlerjugend und nationalsozialistische Behörden zu einem neuen Terrorfeldzug gegen die katholischen Jugendverbände an. Die Wirkung dürfte anders sein als sie erhoffen!

Die Führer sind sakrosankt

Am 6. Februar 1935 hat das Dritte Reich eine Verordnung über das Verfahren in Gnadenachen verkündet, die kein bedeutendes Interesse finden konnte. Die Erfahrung lehrt, daß Strafen vollstreckt werden und daß mit der Humanitätseuselei gebrochen ist. Um so verwunderlicher ist es, in dieser Gnadenordnung eine Bestimmung zu finden, die über die bisherige Gnadenpraxis weit hinausgeht. Im § 3 heißt es:

Das Gnadenrecht umfaßt auch die Befugnis, vor rechtskräftiger Entscheidung einer Sache anzuordnen, daß von der Strafverfolgung abgesehen wird. (Niederschlagsrecht)

Der Gedanke, einem Uebeltäter das Strafverfahren im Gnadenwege zu ersparen, ist in der Rechtsgeschichte nicht neu. Mit den Grundsätzen eines modernen Rechts und einer gerechten Justiz ist er jedoch unvereinbar. Die Sache wird aber umso seltsamer, als in der langen Gnadenordnung keine näheren Bestimmungen über die Voraussetzungen dieses Niederschlagsrechts enthalten sind. Es heißt nur im § 18, daß besondere Umstände vorliegen müssen und daß nur in den seltensten Fällen von diesem Recht Gebrauch gemacht werden wird. Also kann auch beim Mord von diesem Rechte Gebrauch gemacht werden. Und damit ist des Rätsels Lösung gegeben.

Diese Bestimmung hat nur den Zweck, den jeweils herrschenden Führern Straffreiheit zuzubilligen, mögen sie morden, unterschlagen oder sonst etwas tun, was den gewöhnlichen Bürger vor den Strafrichter bringt. Der nächste 30. Juni ist rechtlich vorbereitet. Der Führer hat das Gnadenrecht für den Fall des Mordes, er kann auch anordnen, daß ein Mörder nicht einmal in ein Strafverfahren verwickelt wird. Und damit sind sie alle sakrosankt, solange sie sich in der Gunst des Führers sonnen.

Um Ludwig Frank

Die Israelitische Gemeinde in Mannheim erhielt am 4. Mai 1935 nachstehendes Schreiben:

Mannheim, den 3. Mai 35.
Nationalsozialistische Arbeiterpartei
Deutschland, Gau Baden.
Der Kreisleiter des Kreises Mannheim
Horst-Wesselhaus.

An die Israelitische Gemeinde Mannheim. Der Kreis Mannheim ist bereit, das 1933 am Goethe-Platz abgetragene Ehrenmal des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Frank auf dem Israelitischen Friedhof Mannheim wieder erstellen zu lassen. Einer ungehenden Antwort sehe ich baldigst entgegen.

»Heil Hitler«. Der Kreisleiter, gez. Dr. Roth.
Die jüdische Gemeinde gab hierauf folgende Antwort:

Mannheim, den 12. Mai 35.
Israelitische Synagogengemeinde
Mannheim M. 6.
An die Kreisleitung der NSDAP
Mannheim, Horst-Wesselhaus.

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 3. 5. 35 läßt Ihnen der Synagogenrat nachstehende Antwort zugehen.

Der auf dem Felde der Ehre gefallene Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Frank hat sein Leben nicht für die Israelitische Gemeinde Mannheim gegeben, sondern für die deutsche Nation.

Hierwegen sind wir der Auffassung, daß das Ehrenmal einen andern Platz verdient hat. Schon allein deswegen, daß Dr. Ludwig Frank der einzige Reichstagsabgeordnete war, der an der Front sein Leben ließ.

Achtungsvoll: gez. Dr. Oppenheimer.

Deutsche Streiflichter Keine Eroberungen

In Brüssel ist eine Weltausstellung. Allerlei arische und nichtarische Völker haben ausgestellt, sogar die Juden aus Palästina. Als Deutscher sucht man natürlich zuerst nach dem deutschen Pavillon. Man will doch sehen, wie das »Dritte Reich« sich der Welt präsentiert. Aber man sucht vergebens. Deutschland ist nicht vertreten. Devisenschwierigkeiten? Die wurden seinerzeit vorgeschützt, aber der Hauptgrund ist der, daß die Ausstellungsleitung nicht zulassen konnte, wie das geplante deutsche Haus zu einer Parteifiliale des Reichspropagandaministeriums werden sollte. Und dennoch ist die Ausstellung nicht ganz ohne deutsches Wesen. Dort, wo der Vergnügungspark beginnt, erhebt sich ein durchaus sehenswerter Bau, der uns heimatische Düfte von Sauerkraut, Bratwürsten und gefüllten Maßkrügen entgegenschickt: Oberbayern! Gerade als wir den Raum betreten, schmettert die Musik »Ein Prosit, ein Prosit der Gemütlichkeit...« Niemand singt mit. Die Belgier scheinen den Text nicht zu kennen. Mehr oder minder staunend sehen sie zu der Musikkapelle in gamlederner Wachs hinauf, die bayrisches Brauchtum markiert, aber ganz ohne deutschen Gruß und ohne Horat Wessel-Lied. Von der Fassade des Hauses wehen viele Fahnen. Die belgische, die englische, die französische und auch die bayrische, die wir lange nicht gesehen hatten. Nur die beiden Reichsflaggen fehlen. Weder die schwarz-weiß-rote noch die hakenkreuzlerische Fahne ist zu entdecken. Der Wirt des oberbayrischen Hauses macht der antihitlerischen Stimmung die weitesten Konzessionen. Er weiß, daß die schönste Schrammelmusik und die saftigsten Bratwürste nichts helfen, wenn die Embleme des neuen Reichs den Ausländern den Appetit verderben und sie daher der oberbayrischen Gaudi weit aus dem Wege gehen. Trotz aller Zurückhaltung gegenüber der Hakenkreuzerei wird der Wirt keine Geschäfte machen. Die Zurückhaltung des fremden Publikums ist noch größer.

Das Luxemburger Radio hat unter seinen Zuhörern abstimmen lassen, welche Melodie es als Pausezeichen verwenden solle. 92 v. H. der Abstimmenden haben sich für das anti-deutsche Luxemburger Volks- und Trutzlied entschieden: »Mir welle bleiwe, wat mir sin...«

Westwärts machen die Hakenkreuzler noch immer keine Eroberungen.

Das neue Offizierkorps

Das Einjährigenprivileg ist im neuen deutschen Heere abgeschafft. Jeder Deutsche muß ein halbes Jahr in den Arbeitsdienst und dann ein Jahr in das Reichsheer, soweit er nicht als Ersatzreserve zunächst nur acht Wochen zu dienen braucht. So regelt es einstweilen das Wehrgesetz. Wir haben schon neulich den Verdacht geäußert, daß es nicht lange so bleiben wird, denn es deutet manches darauf hin, daß »Besitz und Bildung« auch im neuen Heere wieder bevorzugt werden, zunächst beim Avancement und im Reserveoffizierkorps. Unsere Vermutung ist rasch bestätigt worden. Der Reichsbildungsminister Rust erläßt einen Aufruf zur bevorzugten Einstellung in das Reichsheer. An wen? An die SA und die SS, Hitlers »Sieger und Garanten der nationalen Revolution?« An die NSBO und die Nazi-Vertrauensmänner in der Deutschen Arbeitsfront? An die Amtswalter und die Politischen Leiter der NSDAP? Keine Spur! Der Ruf ergeht an die deutschen Studenten, und der Zweck ist klar: Wohl erhalten die Studenten keine Einjährigenschnüre, aber sie sind Avantagere für das Leutnantspatent. Das gewaltige neue Heer erfordert ein großes Offizierkorps, und das wird nicht aus der proletarisch durchsetzten SA, sondern aus der Studentenschaft ergänzt, die noch immer zu fast hundert Prozent den mittleren und oberen Schichten der Bevölkerung entstammt. Man kann übrigens nicht sagen, daß dadurch die Herren Offiziere des aktiven Dienstes und des Beurlaubtenstandes zu treuen Stützen der Parteidiktatur würden, denn die Abneigung gegen die Hitlerbonzen ist seit einiger Zeit in Deutschland besonders stark in den Hörsälen der Universitäten.

Ausbürgerung da und dort

Die Sowjets sind seinerzeit mit der Ausbürgerung mißliebiger Opponenten vorgegangen. Die in Deutschland regierenden Todfeinde des Bolschewismus haben das bolschewistische Beispiel nachgeahmt. Auch Belgien kennt jetzt leider Ausbürgerungen. In Eupen-Malmedy sollen einige Neubelgier, die sich in der »heimatretreue« Bewegung betätigten, also wohl für die Rückkehr Eupen-Malmedy nach Deutschland warben,

Die gemeinsamen Ziele der Hitlerpolitik

Wie sie zur deutschen Jugend sprechen

Der »Temps« vom 21. Juni veröffentlicht einen Vortrag, den der Oberstleutnant von Arnim, einer der Vertrauensleute Hitlers, am 1. Juni in der Technischen Hochschule in Berlin im Laufe eines politischen Schulungskurses gehalten hat. Danach hat v. Arnim ausgeführt:

»Unser Hauptziel ist, England von Frankreich zu trennen, mit einem Wort: Frankreich zu isolieren. Auf dem Bestandsakt, den es soeben mit der Sowjetregierung abgeschlossen hat, müssen wir mit einer deutsch-englischen Zusammenarbeit antworten. Wir verhandeln augenblicklich in London über ein Flottenabkommen. Unsere Forderungen sind bescheiden: 35 Prozent der englischen Flotte und nicht mehr. Das genügt, um zu beweisen, daß wir keinen Krieg mit England wollen. Wenn das Reich einen solchen Krieg wollte, so würde es heute nicht in

London verhandeln. Es handelt sich um nicht weniger als um die künftige Zusammenarbeit der deutschen und der englischen Flotte vorzubereiten, die vereinigt eine unbesiegbare Kraft darstellen werden.«

von Arnim wandte sich dann an eine Wandkarte der baltischen Staaten und sprach:

»Nahe bei diesen Küsten wird die große Schlacht der Zukunft geschlagen werden. Für diese Schlacht brauchen wir eine mächtige Flotte. Die Sowjetregierung hat in der Ostsee mächtige Kräfte. Um sie zu besiegen, müssen wir die Streitkräfte verdreifachen, die wir gegenwärtig zur See besitzen. Wenn Polen neutral bleibt, so wird eine deutsche Division genügen, um Litauen zu beweißen, daß das Memelgebiet deutsch ist. Ein Feldzug in Litauen würde für unser Heer nur ein Spaziergang sein. Und ich kann

mir erlauben, Ihnen zu sagen, daß, wenn Litauen seine Provokationen fortsetzt, die Regelung nicht veräußert werden wird. Die Worte, die Hitler im Reichstag über Litauen gesprochen hat, müssen als eine schwerwiegende Ankündigung angesehen werden.«

von Arnim griff dann Frankreich an:

»Unter dem Vorwand, seine Sicherheit zu schützen, bereitet Frankreich gemeinsam mit der Sowjetregierung den Krieg gegen Deutschland vor. Wir kennen die französischen Pläne sehr genau und wir werden uns nicht überraschen lassen. Frankreich ist unser gefährlichster Feind, und Deutschland wird erst an dem Tage Zukunftspläne machen können, an dem dies Frankreich geschlagen und vernichtet sein wird.«

So reden sie, wenn sie sich unter sich glauben. Mit solchen kriegslüsterigen Gedanken erziehen sie die deutsche Jugend!

Nicht Flucht, sondern Mord

Ein letzter Brief von Husemann

Am 15. April ist Fritz Husemann, der frühere Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes »auf der Flucht« erschossen worden. Läßt der Gebrauch dieser Formel durch amtliche Organe des Dritten Reiches bereits im Normalfall erkennen, daß es sich um nichts anderes als um Mord handelt, so ist diesmal sogar ein indirekter Nachweis dafür möglich. Am 11. April schrieb Husemann, wie sein in Amerika lebender Sohn mitteilte, aus dem Gefängnis in Bochum folgenden Brief an seine Familie:

Bochum, 11. April 1935.

Liebe Mathilde,

Ich danke Dir, daß Du meinem Wunsch, nicht mehr nach hier zu kommen, entsprochen hast. Es ist so besser, denn wir haben beide so schwer genug zu tragen. Morgen werde ich nun mit dem gewohnten Gleichmut nach Esterwege gehen bzw. dahin gebracht werden. Werde mich auch bemühen, mich in die dort herrschende Ordnung einzufügen. Da ich Soldat war und auch sonst Ordnung gewöhnt bin, so dürfte mir dieses schon gelingen. Ich denke, daß man nichts Unmenschliches von mir verlangt und Rücksicht auf mein Alter nimmt. Betrachte bitte die Dinge mit der größten Ruhe. Wir wollen beide das tragen, was uns das Schicksal auferlegt hat. Viel Schweres haben wir in den bald 37 Jahren unseres Zusammenlebens getragen. Warum sollte uns dies auch nicht jetzt gelingen. Gehe Deiner Arbeit nach, denn es wird Dir daran, bei meiner Abwesenheit, nicht fehlen. Beschäftige Dich weiter mit unseren Enkelkindern, die Dir ja immer mit großer Liebe entgegenkommen, dadurch wird Deine Zeit ja genügend ausgefüllt werden.

Hoffentlich sehen wir uns in nicht all zu ferner Zeit wieder. Ich grüße Dich, die Kinder und die Enkelkinder herzlichst

Dein Fritz«

Dieses erschütternde Dokument ist in jeder Silbe echt und wahr. So schreibt niemand, der die Absicht hat, sich schwerbewaffneten und zu jeder Tat fähigen Menschen durch die Flucht zu entziehen. Vor allen Dingen nicht, wenn er 61 Jahre alt ist und trotz aller Enttäuschungen an die Menschlichkeit des Gegners und seine baldige Freiheit glaubt.

Ebenso eindeutig sind die inzwischen festgestellten Tatsachen über die näheren Umstände des Mordes. Am 12. April wurde Husemann aus dem Gefängnis in Bochum nach Esterwege abtransportiert. Aber schon am 13. morgens wurde er in das Kreis-Krankenhaus Soergel in Oldenburg eingeliefert. Die amtliche Nachricht sagt: »Bei der Flucht während der Arbeit im Moor erschossen.« Husemann ist aber nie in das Lager eingeliefert, sondern bereits auf dem Transport dorthin ermordet worden. Es liegt keine Bescheinigung von ihm vor, daß er überhaupt Lagerkleidung in Empfang genommen hat. Da auch seine eigene Kleidung keine Schußlöcher oder Blutflecke aufweist, so ist anzunehmen, daß man ihn schon in der ersten Nacht überfallen und erschlagen hat. Trotzdem er an den erlittenen Mißhandlungen erst am 15. April morgens gegen 2 Uhr gestorben ist, also fast 48 Stunden nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus, wurde die Familie erst nach dem Tode unterrichtet. Die Leiche bekam sie nicht zu sehen. Auch Versuche, vom Krankenhaus etwas Näheres über die letzten Stunden Husemanns zu erfahren, blieben ohne Erfolg.

Der in Amerika lebende Sohn Husemanns, dem der Sozialdemokratische Parteivorstand, die vorstehenden Mitteilungen verdankt, bekam auf seine Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft in Bochum lediglich die Antwort, daß sie zuständigkeitshalber dem Staatsanwalt in Osnabrück überwiesen worden wäre.

ausgebürgert werden. Darob große Entrüstung in derselben Nazipresse, die sonst mit Befriedigung die deutschen Proskriptionisten ausgebürgert Marxisten und Juden abdruckt. Verschwiegen wird aber, daß sich das belgische Ausbürgerungsverfahren von der deutschen Expatriierung dadurch unterscheidet, daß es eben ein Verfahren und kein behördlicher Willkürakt ist. Es findet ein regelrechter Ausbürgerungsprozeß mit eingehender Untersuchung und Prüfung des Prozeßmaterials, mit Zeugenvernehmung, mit Anklage- und Verteidigungsreden, mit einer gewissenhaften Urteilsfindung statt. Wo gibt es so etwas in Deutschland? Zudem befinden sich in Belgien die Angeklagten auf freiem Fuß, nicht etwa im Konzentrationslager, und erst recht brauchen sie nicht aus der Heimat zu fliehen. Es umgibt sie einstweilen die Rechtsgarantie eines Kulturstaates, und ob sie ausgebürgert werden, steht noch lange nicht fest.

Alles Getue in der deutschen Presse ändert nichts an der Tatsache, daß die deutsche Grenze von den Alpen bis zur Nordsee einen Abgrund bedeutet zwischen barbarischer Parteidiktatur und zivilisierter Rechtsprechung.

Hannes Wink.

Nationalsozialistische Wirtschaftsphilosophie

Wir lesen in der gleichgeschalteten Presse:

»Der Gauwirtschaftsberater des Gau Koblenz-Trier erläßt einen Aufruf, in dem es heißt, der Weinbau in der Westmark sei in eine große Notlage geraten. Deshalb werde der Weinausschuß des Gauwirtschaftsberaters bei dem deutschen Arbeiter, daß er sich von der immer noch nachwirkenden marxistischen Auffassung, Wein sei ein Bonzengetränk, abkehre; bei den Beamten und Festangestellten mittleren und höheren Einkommens, daß sie wieder an die Errichtung eines kleinen Privatkeilers dächten.«

Es wäre ungerecht, diesen Pö-Wirtschaftsberater für einen besonderen Blödling zu halten. Er plappert nur nach, was seinerzeit bei Eröffnung der Automobilausstellung dem Munde Hitlers entströmte. Damals entdeckte Hitler, daß der Marxismus die Senkung des Lebensniveaus propagiere, für die Bedürfnislosigkeit agitiere und deshalb an dem geringen Automobilsatz die Schuld trage. Die Bonzen, sie hörten es gerne und der Ankauf von Automobilen für die Pgs. aus öffentlichen Mitteln hat seitdem große Fortschritte gemacht. Auch die »Werbung« für den erhöhten Weinkonsum dürfte denselben Erfolg

haben und wenn in Zukunft die Pgs. ihren Weinrausch ausschlagen, dann wird sie das Bewußtsein, eine antimarkistische Leistung vollbracht zu haben, über jeden Katzenjammer hinwegtrösten.

Weniger sicher als bei den Bonzen ist der Erfolg der Werbung bei den Arbeitern. In der gleichen Zeitung, der wir die obige Notiz entnahmen, fanden wir die andere:

»Das Bezirksamt Aichach (Bayern) hat fünf Dienstknechte, die ihre Stelle böswillig verlassen hatten, in Schutzhaft genommen und will auch künftig mit den schärfsten Mitteln gegen den Unfug des Dienstentlaufes einschreiten.«

Die kleine Notiz enthüllt die nationalsozialistische Wirklichkeit. Kein Wunder, daß das Bedürfnis so groß ist, diese weinseelige Philosophie zur Ablenkung von dieser Wirklichkeit zu propagieren.

Braune Erpressung

In Buenos Aires gibt es eine deutsche Schule unter dem abgekürzten Namen Cangalloschule, die vor 35 Jahren gegründet, nicht nur in der Deutschen Kolonie, sondern auch in argentinischen Kreisen sich größten Ansehens erfreut. Tausenden von argentinischen Kindern wurde hier deutsches Wissen vermittelt und dadurch eine ungeheuer wertvolle Kulturtat geleistet. Die Schule ist bis heute vollständig unpolitisch geblieben und wird es bleiben.

Der Deutsche Gesandte ließ es an nichts fehlen, um die Schule gleichzuschalten. So wurden der Schule die Reichssubvention entzogen, was natürlich bei einer Privatschule ziemlich ins Gewicht fiel. Der Gesandte erklärte dem Vorstand des Schulvereines, daß an dem Tage, an dem die Schule die Hakenkreuzfahne hißt, die Reichsunterstützung sofort gezahlt würde. Die Schule hat die Hakenkreuzfahne nicht gehißt und hat dafür dieses Schuljahr 100 Schüler mehr! Nun erklären die Nationalsozialisten, die Anstalt wäre eine Judenschule, obzwar von mehr als 500 Schülern nur 30 jüdischer Abstammung sind ...

Das Beispiel der Cangalloschule hat auch andere Schulvereine tapfer gemacht, und so erlebt der Gesandte peinliche Enttäuschungen.

Hitler weiht ein

Aus Frankfurt am Main wird uns berichtet:

Hier wurde kürzlich das erste Teilstück der Reichsautobahn eröffnet. Es gab dabei allerlei Betriebsunfälle:

Einige Lautsprecher und eine Anzahl Kabel der Lautsprecher wurden zerstört. Quer über die Fahrbahn hatte man mit ätzender Farbe geschrieben: »Nieder mit Hitler«, »Glaubt nicht, daß die SPD tot ist«, »Hoch Sowjetdeutschland«.

Diese Inschriften mußten schnell weggemißelt werden. Außerdem soll die Rednertribüne angesägt gewesen sein. Das geschah, obwohl die Strecke von SA bewacht war. Interessant war, daß die Strecke von SA und SS abgesperrt war. Die direkte Bewachung Hitlers wurde von Leuten, die eigens von Berlin kommandiert waren, übernommen. Die Absperrung fand so statt, daß ein Teil der Bewachungsmannschaften das Gesicht zu Hitler, der andere Teil das Gesicht zum Publikum wenden mußten. Die letzteren waren alle bewaffnet.

Es fiel bei der Einweihung im allgemeinen auf, daß »unser Führer« eine recht finstere Miene zur Schau trug.

Fortschreitende Wirtschaftszerrüttung

Dem Schacht gelingt nichts mehr — Das deutsche Militärbudget

Herrn Schacht gelingt nichts mehr. Aus Danzig ist er unverrichteter Dinge zurückgekehrt und überläßt die Bevölkerung der deutschen Stadt ihrer schrecklichen Verelendung. Seine Pläne, die riesig anschwellenden schwebenden Schulden durch fundierte Anleihen wenigstens zum Teil zu konsolidieren, ergeben immer magerere Resultate. Von der Anleihe, die die Versicherungsgesellschaften übernehmen sollten, sind zwar die Bedingungen bekannt gegeben worden, nicht aber die Hauptsache: die Höhe des Anleihebetrages und die Termine ihrer Einzahlung. Jedenfalls wird die Summe den ursprünglichen Betrag von einer halben Milliarde gar nicht erreichen und auch dieser wäre eine Bagatelle gegenüber den riesigen schwebenden Verpflichtungen, die gegenwärtig, nach den von uns bereits zitierten Angaben des »Economist« sich auf 15 bis 17 Milliarden belaufen.

Aber auch mit der Durchführung der Exportabgabe, durch die bereits vom 1. Juli ab die Subvention für die Ausfuhr ins Werk gesetzt werden sollte, scheint es große Schwierigkeiten zu geben. Die deutsche Presse verhält sich merkwürdig schweigsam. Dagegen meldet der »Temps«:

»Alle deutschen Firmen, deren Jahresumsatz 20.000 Rm. übersteigt, haben von der Leitung ihrer Wirtschaftsorganisation ein Schreiben erhalten, wonach sie auf Grund der Verordnung des Wirtschaftsministers Schacht eine Abgabe in Höhe von 2—15 Prozent ihres Umsatzes in die Exportkasse zu zahlen haben. Für einzelne große Unternehmungen sind Pauschalsummen festgesetzt. So soll die IG-Farben, der Chemietrust, dessen Umsatz 1934 Rm. 565 Millionen betrug, 50 Millionen zahlen. Das Schreiben ist vertraulich. Die Abgabe, heißt es darin, sei zwar für viele Unternehmen ein schweres Opfer, aber die »zwingenden Notwendigkeiten der Sicherung der Rohstoffzufuhr erzwingen dieses Opfer im Interesse der deutschen Volkswirtschaft.«

Es ist sehr eigenartig, mit welcher Diskretion eine so einschneidende Maßnahme behandelt wird. Welchen Ertrag diese außerordentlich hohe neue Umsatzsteuer bringen wird, darüber wird bisher offiziell nichts verlautbart. Vor einiger Zeit wurde die Summe, die man für das Dumping für notwendig hielt, auf 1 Milliarde angegeben. Es scheint aber, daß davon die Konversionkasse 250 Millionen beisteuern soll — aus den Gewinnen, die sie aus der »Behandlung der Anleihtilgungen« erzielt, d. h. aus den Beträgen, die den ausländischen Gläubigern vorenthalten werden. Der groteske Zustand dauert also an, daß die ausländischen Gläubiger selbst die verschärfte Dumpingkonkurrenz finanzieren, die den Industriellen ihrer Länder von der von ihnen mit subventionierten deutschen Industrie bereitet wird.

Vielleicht hat aber die Geheimnistuerei vor allem darin ihren Grund, daß Schacht vermeiden will, die Aufmerksamkeit des Auslandes mehr als nötig auf diese Vorgänge zu richten. Denn das deutsche Vorgehen ist für geordnete Handelsbeziehungen umso bedenklicher als die Verwendung der in der Exportkasse angesammelten Beträge in letzter Instanz allein in der Hand Schachts liegt. Die Richtung der Ausfuhr und die Preisgestaltung der auszuführenden Produkte kann jetzt in hohem Maße von einer Stelle aus, zentral, bestimmt werden. Dadurch werden unter Umständen sehr wirksame Eingriffe in den Wirtschaftsablauf fremder Staaten möglich. Ist ein staatlich subventioniertes Dumping schon in einer, sonst »freien« Wirtschaft ein für alle anderen Staaten bedenkliches Störungsmoment, so wird die Gefahr in der zentralisierten »deutschen Zwangswirtschaft«, die vielfach einem Außenhandelsmonopol ähnelt, erst recht groß.

Zugleich verstärkt die Verfügung über die Exportkasse unmittelbar die Wirtschaftsmacht der Diktatur über die Privaten in außerordentlichem Maße. Die Gewährung der Subvention und die Festsetzung ihrer Höhe wird jetzt von großer Wichtigkeit für den Umfang der Produktion und die Gewinnhöhe vieler Unternehmungen. Und darüber entscheidet

direkt oder indirekt das Wirtschaftsministerium, die diktatorische Staatsmacht. Daß bei diesen Entscheidungen die politischen, persönlichen und gesellschaftlichen Beziehungen der betreffenden Unternehmer zu den Behörden eine Rolle spielen werden, daß dadurch eine neue Quelle von Korruption eröffnet wird, braucht nur nebenbei angemerkt zu werden.

Ob und wie das Ausland auf die neue Störung der internationalen Handelsbeziehungen reagieren wird, wird man abwarten müssen, um so eher, da das deutsche Beispiel leicht ansteckend wirken kann. Das faschistische Italien, dessen Finanz- und Wirtschaftspolitik mit der nationalsozialistischen viele Analogien aufweist und ähnliche Resultate erzielt, hat soeben auf seine gesamte Einfuhr die Erhebung eines Ueberzolls von 3 Prozent des Wertes dekretiert. Bis zur Höhe des Aufkommens aus diesem neuen Zoll können Beträge zur »Regelung des Austausches mit dem Auslande« bereitgestellt werden, also ebenfalls zur Subventionierung der Ausfuhr. Da 1934 die Einfuhr 7667 Mill. Lire betrug, so steht ein Betrag von über 200 Millionen Lire zunächst zur Verfügung — immerhin bescheiden in Vergleich zur deutschen Milliarde. Auch Rumänien hat soeben in etwas anderen Formen eine Subventionierung seiner Ausfuhr eingeführt.

Es ist wirklich was Herrliches um diese Art »dirigierter Wirtschaft«. Zuerst erhöht man die Zölle und drosselt den Import. Hat man auf diese Weise das Preisniveau im Innern hinaufgetrieben, die Kunden, die mit den eingeführten Waren ihrerseits ihre Käufe bezahlen, kaufunfähig gemacht und den Export ruiniert, so entdeckt man, daß die viel gepriesene Autarkie doch ihre Schattenseiten hat, daß die Rohstoffe mangeln und man um jeden Preis exportieren muß, um die Devisen zur Bezahlung der Rohstoffe zu kriegen, ohne die man doch nicht produzieren kann. Und man besteuert die Produktion, die man durch die Zölle und die sonstigen Absperrungen vom Weltmarkt schützen wollte, auf das unbarmherzigste, um durch Schmutzkonkurrenz den Export, den man selbst zerstört hat, wieder zu erringen...

Die Schrumpfung des Außenhandels

Aber was bleibt Schacht anderes übrig, wenn er nicht den völligen Bankrott seiner Wirtschaftspolitik selbst proklamieren sollte, was ihm die Nationalsozialisten ja doch nicht erlauben. Der deutsche Außenhandel schrumpft immer weiter. Die Einfuhr im Mai betrug 332,6 Millionen Rm. gegen 359,4 im April und gegen 380 Millionen im Mai 1934. Die Ausfuhr betrug 337 Millionen gegen 340,3 Millionen des Vormonats und 338 Millionen im Mai 1934. Da die Einfuhr diesmal viel stärker gesunken ist als die Ausfuhr, so ergibt sich eine leichte Aktivierung. Der Ausfuhrüberschuß beträgt 4,4 Millionen gegenüber einem Passivum im April von 19 Millionen. Der amtliche Bericht weist selbst daraufhin, daß auch in früheren Jahren der Außenhandel sich vom April zum Mai regelmäßig aktivierte. Für die bisher abgelaufenen 5 Monate des Jahres 1935 beträgt das Passivum 164 Millionen gegenüber 179 Millionen im Vorjahr — ein sehr mageres Resultat des »Neuen Planes des Schacht«.

Das Wichtige ist aber, daß der Gesamtumfang, Ein- und Ausfuhr zusammen genommen, zurückgeht und der Export auf seinem niedrigen Niveau verharrt. Charakteristisch ist auch, daß die Verminderung der Einfuhr zum größten Teil auf die starke Abnahme der Lebensmittelbezüge zurückgeht, die auf einen außerordentlichen Tiefstand gesunken sind. Durch die gewaltsame Drosselung der Lebensmitteleinfuhr erkaufte sich eben Schacht die Möglichkeit, die Einfuhr der wichtigsten Kriegsrrohstoffe nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten. Trotzdem genügt der Export nicht mehr, um dem deutschen Rüstungsbedarf Genüge zu tun und daher die Notwendigkeit, die deutsche Wirtschaft mit 1 Milliarde zu belasten, die an das Ausland in Form künstlich verbilligter Waren verschenkt wird! Innerhalb des Sy-

stems steht eben ein anderes Mittel nicht zu Gebote. Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode!

Die Märchen des Reichsfinanzministers

Methode ohne jeden Sinn ist aber das Gehaben des Reichsfinanzministers. Als braver Buchhalter fährt er fort, die Rechnungsabschlüsse seines Budgets zu veröffentlichen, als ob dieses Budget überhaupt noch etwas über die Finanzgebarung des Reiches besagte. Da wird mitgeteilt, daß die Ist-Einnahmen des Rechnungsjahres 1934 7806,5 Millionen, die Ist-Ausgaben genau 8220 Millionen betragen haben. Es ist also ein neues Defizit von 414,4 Millionen zu verzeichnen. Die Restverpflichtungen aber haben sich um 60,4 Millionen ermäßigt, so daß die Rechnung mit einem Fehlbetrag von 354 Millionen abschließt. Dazu kommt der Fehlbetrag aus den früheren Jahren mit 2110 Millionen Rm., so daß sich ein Gesamtfehlbetrag von 2464 Millionen Rm. ergibt — wieder haargenau! Und ebenso genau wird uns erzählt, daß die schwebende Reichsschuld 2900 Millionen beträgt, wozu noch 958 Millionen umlaufende und 547 bei der Reichsbank hinterlegte Steuergut-

scheine kommen, was im »Weimarer System« bestimmt als ein sehr schlimmes Symptom einer unsoliden Finanzgebarung von Schacht denunziert worden wäre.

In Wirklichkeit handelt es sich bei diesen Krosigk-Erzählungen um einen aufreizenden Schwindel, der längst auch in Deutschland selbst durchschaut ist. Die schwebende Schuld beträgt nicht, wie Krosigk ausweist, 4,4 Milliarden, was schon hoch genug wäre, sondern 15—17 Milliarden, und sie vermehrt sich in unheimlichem Tempo. Warum findet die Diktatur nicht den Mut, ein wirkliches Budget zu veröffentlichen, das die Ausgaben, und vor allem die Ausgaben für die Rüstungen, richtig und vollständig angibt? Deutschland hat heute das höchste Militärbudget der Welt. Der »Economist« schätzt die laufenden Ausgaben auf mindestens 100 Millionen Pfund jährlich, was bestimmt zu niedrig ist, da ja das Reichwehrbudget schon 900 Millionen Rm. jährlich erforderte und die außerordentlichen auf 300 Millionen Pfund oder noch darüber. Aber ob diese Ausgaben näher bei 5 Milliarden, wie der »Economist« meint, oder bei 6—7 Milliarden Rm. liegen, wie wir als Mindestschätzung annehmen, sie haben keine Deckung im Budget des Vorjahres gefunden und werden keine Deckung in dem Geheimbudget des laufenden Jahres finden. Die ordentliche Buchführung, die Krosigk »auftragsgemäß« verschwindelt, kann über die fortschreitende Zerrüttung der deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft niemanden mehr hinwegtäuschen.

Dr. Richard Kern.

Umgelagerte Industrie

Es ist jetzt zwei Jahre her, seit der Nazi-geuleiter und Oberpräsident von Ostpreußen, Herr Koch, sich also vernehmen ließ:

»Es hat der historische Vorgang begonnen, das Gesicht des deutschen Volkes vom kapitalistischen Westen zum sozialistischen Osten zu wenden.«

Es sollte der Standort der deutschen Industrie verlagert, Menschen aus dem allzu volkreichen Westen nach dem menschenleeren Osten verpflanzt und das reine Ackerland Ostpreußen in ein mit Industriebetrieben durchsetztes, gemischtwirtschaftliches Gebiet umgewandelt werden. Die Durchführung des Planes würde zwar Ostpreußen nicht sozialistischer und Rheinland-Westfalen nicht weniger kapitalistisch gemacht haben. Der Zweck war vielmehr, daß den Junkern nächst der Befreiung von unfruchtbaren Böden höhere Bodenpreise beschert würden. Den Land hunger der Bauern hätte man mit dem Ländersatz der Fabrikarbeit stillen und so die Besiedelung grundherrlichen Eigentums mit Bauernhöfen ersparen können. Der Plan war fünf bis acht Jahre berechnet, bis jetzt ist aber der Westen so volkreich und der Osten nicht viel weniger menschenleer geblieben als ehemals, wenn man nicht die zur Sklavenarbeit auf ostpreußischen Gütern verurteilten jugendlichen Landhelfer aus dem industriellen Westen in Ansatz bringen will.

Von dem Plan der Industrieverlagerung ist recht wenig verwirklicht, statt dessen eine »Arbeitsgemeinschaft für Industrieverlagerung und Industriesiedelung« gegründet worden. Seit Herr Kochs hochtrabender Ankündigung hat sich der Plan der Industrieverlagerung selbst wie seine Begründung erheblich gewandelt. In der Rede, die er für die Industrieverlagerung Sonderbeauftragte, Herr Dr. Ludovici, jüngst auf der Tagung seiner Arbeitsgemeinschaft gehalten hat, wird von Sozialismus nicht mehr gesprochen, sondern nur von »militärischen und politischen Gründen«. Die militärischen Gründe sind klar: man will die Rüstungsbetriebe nach Möglichkeit nicht in der gefährlichen Nähe der Westgrenze belassen, wo sie feindlichen Fluggeschwadern ein allzu rasch erreichbares Bombenziel bieten könnten. Herr Dr. Ludovici sagte denn auch, heute im Zeitalter des Luftkrieges sei es erforderlich, an Stelle eines regionalen Wirtschaftskreises eine große Zahl möglichst selbständiger Wirtschaftskreise zu setzen. Das soll durch Dezentralisierung der Betriebe erreicht werden. Was sind die politischen Gründe? Auch das wird von Herrn Dr. Ludovici mit einer Deutlichkeit ausgesprochen, die Herr Koch nicht aufgebracht haben würde. Die Umlagerung ist nämlich eine strategische Maßnahme zur Vorbereitung des Krieges nicht nur gegen den äußeren, sondern auch gegen den inneren Feind, den es also trotz Herrn Ley im Dritten Reich immer noch gibt. Die auf einem kleinen Raum zusammengeballten Arbeitermassen seien, meint der Herr Dr. Ludovici »ein dauernder

Unruheherd und könnten allmählich zu einer ernsten politischen Gefahr werden. Es ist also bisher nicht gelungen, diese ernste politische Gefahr durch »Kraft und Freude« zu bannen.

Die Umlagerung ist nach Herrn Dr. Ludovici bereits im Gange, sie scheint aber noch nicht weit gediehen zu sein, denn die Frage, die die wichtigste ist, nämlich die der Kostenaufbringung, sei jetzt erst geklärt. Die Industrie habe sich bereit erklärt, die Kosten selbst zu tragen. Diese Bereitschaft ist erstaunlich; sollte die Industrie, die sich hartnäckig widersetzt, mit einem Teil ihrer Aufrüstungsgewinne zu Schachts Exportförderung beizutragen, jetzt bereit sein, ihr gutes Geld in ein Experiment von so zweifelhaftem Profitwert zu stecken! In Wirklichkeit sollen die Unternehmer nur auslegen, was ihnen das Reich und die Reichsbetriebe später ersetzt. Die Unternehmungen, die ihre Betriebe verlagern, sollen durch Steuererleichterungen, Tarifierenkung, Sondertarife für Kraftbezug und Bevorzugung bei Vergabe von Staatsaufträgen, ferner dadurch entschädigt werden, daß »in diesen ländlichen Gegenden« niedrige Löhne gezahlt werden und damit »ein Auftrieb für den Export« zu erhoffen sei. Die Kosten sind nach Herrn Dr. Ludovici »nicht so hoch, wie man annehmen sollte. Immerhin! »Die Verlagerung eines Werkes mit 400 Arbeitern und Angestellten würde ungefähr 600.000 Mark kosten.« Das sind aber nur die Ausgaben für Maschinen und Grundstücke. Schließlich müssen auch die umgelagerten Menschen irgendwie untergebracht werden. Wenn überhaupt, dann lassen sich nur Riesenbetriebe »dezentralisieren«, d. h. aufteilen. Der militärische und politische Zweck der Umlagerung würde nur erreicht, wenn die Umlagerung im größtem Maßstabe erfolgt. Nach Herrn Dr. Ludovici's Kalkulation würde allein die Umlagerung, ganz abgesehen von der Umsiedelung, schon bei 800.000 Umsiedelten bereit 1¼ Milliarden, also die Gesamtkosten annähernd 2 Milliarden betragen. Um die Schuldenwirtschaft des Dritten Reiches äußerlich zu konsolidieren, d. h. den Notenumlauf durch Zunahme der Wechselschulden bei der Reichsbank nicht ins Ungemessene anwachsen zu lassen, hat Schacht bereits die Spargelder angegriffen und mit dem Abbau des öffentlichen Wohnungsbaues und der Arbeitsbeschaffung überhaupt begonnen. Gerade darum muß es der Hitlerregierung schwere Sorge bereiten, wie sie neue Arbeitsmöglichkeiten für den Winter beschaffen und die Verschlechterung der Arbeitslosenstatistik vermeiden soll. Der Umlagerungsplan ist zweifellos nicht viel anderes als der Ausdruck dieser Sorge. Er zeigt, daß die Hitlerregierung für die Dauer nicht den beiden Gefahren zugleich ausweichen kann, von denen sie ständig bedroht ist: Zunahme der Arbeitslosigkeit und Umwälzung der latenten Inflation in die offene.

G. A. Frey.

Flottenbau und Flottenabkommen

Das ganze wilhelminische System muß es sein! Das Hitlersystem ist nicht damit zufrieden, das stärkste Landheer in Europa zu besitzen, es muß auch eine starke Flotte haben. Das System hat den Engländern ein Bauprogramm offenbart, das einst den Neid von Tirpitz erweckt hätte. Das deutsche Volk hat eines Morgens dies Bauprogramm beschert erhalten. Es hat nichts dazu zu sagen, und seine Lage kann nicht besser beleuchtet werden als durch die Tatsache, daß die Engländer einen gewissen Einfluß auf dies Bauprogramm haben — das deutsche Volk aber gar keinen.

Neu gebaut werden: 5 Großkampfschiffe von zusammen 153.000 t, 2 oder mehr Flugzeugträger von zusammen 47.000 t, 5 schwere Kreuzer von zusammen 51.000 t, 5 oder mehr leichte Kreuzer von zusammen 32.000 t, etwa 30 Zerstörer und 30 U-Boote. Das kostet: einige Milliarden. Noch einige Milliarden zu denen hinzu, die die Aufrüstung bisher gekostet hat.

Wozu die Flotte?

Um frühere Flottenvorlagen ist im deutschen Reichstag gerungen worden. Das wilhelminische System hat sie durch großzügige Propaganda im Volke vorbereitet. Es hat die Etats im Reichstag vorgelegt und bewilligen lassen. Das braune System macht es sich einfacher, es diktiert: die neue Flotte wird gebaut. Das Volk ruft Hurra und zählt. Das braune System bemüht sich nicht einmal um Argumente zu einer Begründung. Die Argumente, die es vorbringen könnte, sind im übrigen hinreichend bekannt und diskreditiert. Noch im Jahre 1928 brachte Groener das bekannte Ostseeargument zur Begründung der damaligen Neubauten vor. Vielleicht erfahren wir demnächst von Rosenberg oder der Göbbelspropaganda, daß Deutschland sich vor einem Ueberfall der sowjet-russischen Ostseeflotte schützen müsse (die sozusagen nicht existiert), oder gar vor der litauischen Flotte. Man baut Großkampfschiffe nicht nur um zu bauen, sondern um mit ihrem Einsatz Politik zu treiben. Selbst für die exzessivsten Ostpläne ist diese neue Flotte überdimensioniert. Welcher Politik soll sie also dienen? Steht dahinter die Anschauung: wenn wir erst die Schiffe haben, kommen die Kolonien schon dazu. Oder glaubt man, daß der deutsche Export mit Hilfe der Schlachtschiffe steigen wird? Kein Zweifel, daß alle möglichen Ziele einer expansiven deutschen Weltpolitik dahinter stehen, alle Träume der weltpolitisch orientierten Kräfte des Systems und aller mit ihnen verbundene politische und ökonomische Wunderglaube. Vor allem aber der dem Hitlersystem eigene Machtwahn: zunächst die Macht, nichts als die Macht, die Politik kommt dann schon hinzu. Dies Programm ist ein Anfang. Als im Jahre 1900 die neue Flottenvorlage veröffentlicht wurde, lieferte Tirpitz folgende Begründung hinzu:

»Um unter den bestehenden Verhältnissen Deutschlands Seehandel und Kolonien zu schützen, gibt es nur ein Mittel: Deutschland muß eine so starke Schlachtflotte besitzen, daß ein Krieg auch für den seemächtigen Gegner mit derartigen Erfahrungen verbunden ist, daß seine eigene Machtstellung in Frage gestellt wird. Zu diesem Zweck ist es nicht unbedingt erforderlich, daß die deutsche Schlachtflotte ebenso stark ist wie die der größten Seemacht; denn eine große Seemacht wird im allgemeinen nicht in der Lage sein, ihre sämtlichen Streitkräfte gegen uns zu konzentrieren.«

Man sieht, es ist gut Tirpitzsche Politik, die das System betreibt, wenn es riesenhaft zur See rüstet, und das Ausmaß dieser Rüstung durch die Spiegelung an der Rüstung der stärksten Seemacht zu verkleinern sucht. Schon Tirpitz, der Mann, der so log, daß sich die Balken bogen, sprach vom Zweck der Flotte, daß sie »zur Wahrung eines ehrenhaften Friedens« bestimmt sei.

Dies erste Bauprogramm ist nur ein Anfang — unbeschadet des deutsch-eng-

lichen Flottenabkommens. Ist es vollendet, wird die Hitlerpolitik weiter sehen. Es ist nicht anzunehmen, daß die deutsche Rüstungsindustrie sich nach fünf Jahren damit zufrieden geben wird, daß erst nach 15 oder 20 Jahren, wenn die neugebauten Schiffe alt sein werden, wieder gebaut werden soll. Dies Flottenprogramm hat eine sehr wesentlich wirtschaftspolitische Seite. Daß die deutsche Schwerindustrie der Aufgabe gewachsen ist, im Eiltempo eine hochwertige Schlachtflotte aufzubauen, daran ist gar kein Zweifel, und sicherlich ist die Sammlung von Material schon viele Monate im Gange. Aber der neue Flottenbau dient ebenso wie die übrige deutsche Rüstung

Politik zur Zeit der damaligen Verhandlungen war, durch Einführung einer Relation zwischen der englischen und der deutschen Stärke zur See die Neutralität Englands bei einer kontinentalen Auseinandersetzung zu erkaufen. Die deutsche Politik sah eine Auseinandersetzung mit Rußland um die Stellung und den Bestand Oesterreichs voraus, sie wollte Englands Neutralität bei einem Kriege im Osten und damit die Isolierung Frankreichs.

Das Ziel ist auch heute wieder genau das gleiche — nur die Methode ist weniger offenherzig als damals. Heute stellt man nicht von vornherein eine unlösbare

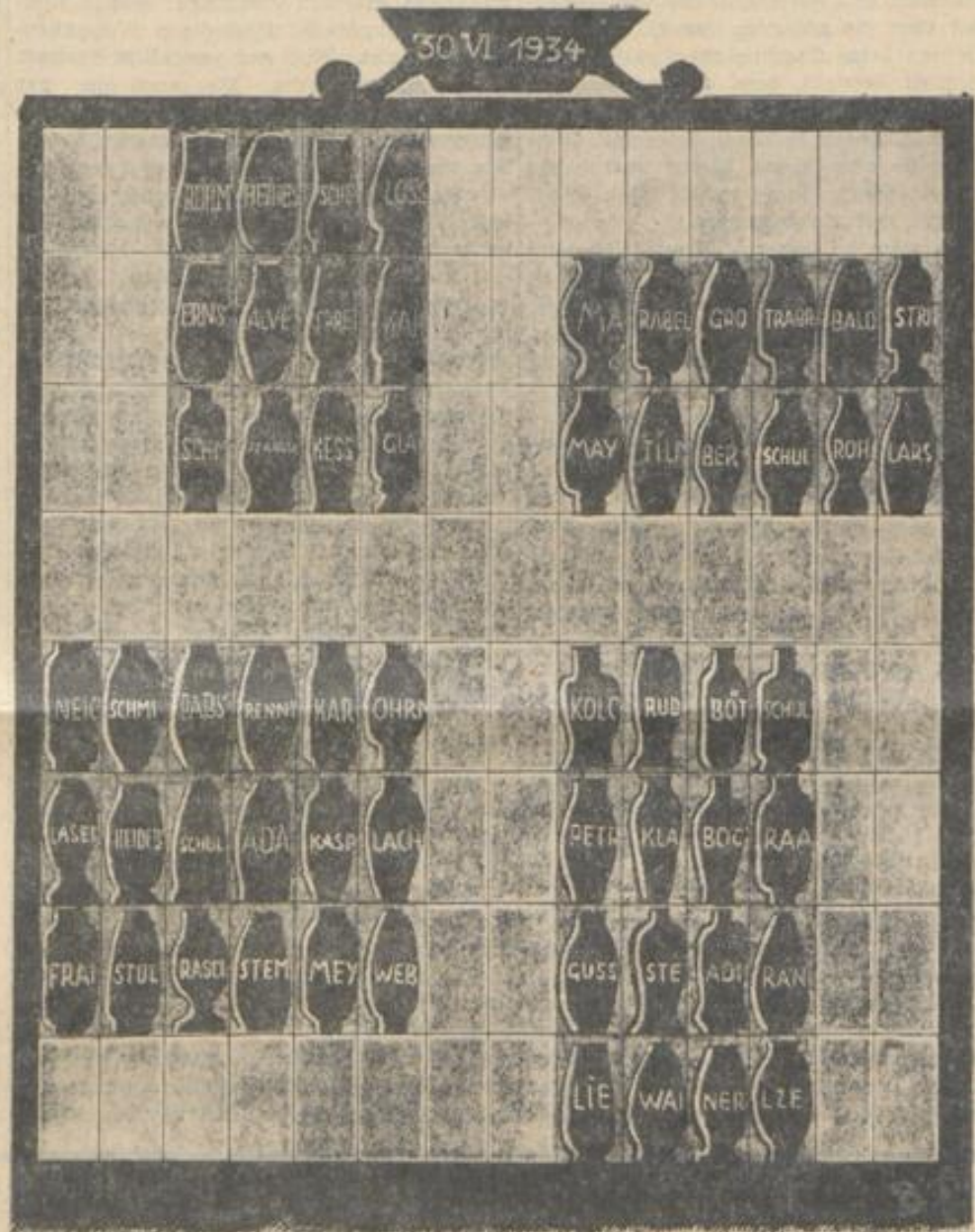
keines, Hitlerdeutschland rüstet zur See mit oder ohne Abkommen, und so wissen wir wenigstens, woran wir sind, so ist dies ein realistisches Argument, das durchaus im Einklang mit dem gegenwärtigen Zustand Europas ist und eine Konsequenz aus dem Lehrsatz, daß eine Macht, die vertragswidrig rüstet, daran nicht gehindert werden kann, wenn die anderen Mächte nicht zum Kriege greifen wollen. Die englische Politik stand vor der Frage, ob sie noch einmal in der Frage der Seerüstung das grausame Spiel durchmachen sollte, das sie in der Frage der Luftrüstung erfahren hat. Erst beruhigen, dann ein U-Boot nach dem anderen zugestehen müssen, dann sich hinter mangelnde Informationen verschanzen und schließlich die Schlachtschiffe zugestehen müssen, dabei immer bestürzt aus den eigenen Reihen? Keine englische Regierung hätte das ausgehalten, vor allem nicht die Regierung Baldwins zum zweiten Male, unmittelbar vor den Wahlen! Besser alles auf einmal, besonders wenn es möglich ist im Rahmen eines Abkommens, dem man einen außerordentlich günstigen Schein geben kann — zunächst wenigstens!

Der Weg zum Wettrüsten

Denn schon beginnen auch in England die Bedenken. »Besser dies Abkommen als keines«, so hieß es gleich nach dem Abschluß im »Manchester Guardian«. Jetzt heißt es dort: »Das Flottenabkommen mit Deutschland sieht nicht besser, sondern schlechter aus, je genauer man es betrachtet.« Die offiziellen Versicherungen, daß es das Wettrüsten zur See verhindert, begegnen immer größere Skepsis. Die Fachmänner haben diesmal auf beiden Seiten rasch gearbeitet — diesmal ging es ja auch nicht um Abrüstung, sondern um Aufrüstung! Ein Wortführer der Arbeiterpartei rechnet vor: unsere Sachverständigen behaupten, daß mindestens acht unserer Großkampfschiffe überaltert sind. Sie werden unter Hinweis auf die deutschen Neubauten auf Neubauten dringen: macht etwa 50 Millionen Pfund. Sie werden auf Verstärkung der Kreuzerzahl dringen, vielleicht um 20 Stück, und jeder Kreuzer kostet 2,5 Millionen Pfund.

Erst kommen die Friedenstöne, und dann muß bezahlt werden. Das deutsche Volk hat damit genügend Erfahrung. Das englische Volk hat diese Erfahrung mit der Luftrüstung gemacht, es wird sie jetzt in der Flottenfrage wiederholen. Um so mehr, als die deutsche Aufrüstung zur See die Seerüstungsbestrebungen in Frankreich und Italien verstärken und die Sowjetregierung zur Prüfung der Frage zwingen wird, ob sie in der Ostsee eine neue Flotte schaffen soll. Dann wird eine Schraube die andere weitertreiben.

Dieser »ewige« Vertrag ist ein Stück echt englischer Opportunitätspolitik. Seine Bedeutung wird jetzt in England zu offenkundigen Wahlzwecken weit übertrieben. Seine Sicherung ist für die englische Politik sehr relativ und die praktische Probe kommt erst, wenn das deutsche Programm ausgebaut ist. In dieser Frist aber kann zugleich eine Materialsammlung größten Stils, eine industrielle Bereitstellung erfolgen, die überraschende Bauvorstöße erleichtert. Die englische Politik hat gewisse Erfahrungen. Während des Winters 1908/09 entdeckte die britische Admiralität, daß Deutschlands Material für die Schiffe des Programms von 1908 so weit vorausgeschmeckt hatte, ebenso für die Schiffe des Programms von 1909, daß ihre Fertigstellung um viele Monate beschleunigt werden konnte. Die Folge war damals ein verstärktes englisches Bauprogramm. Damals gab es noch ein Budgetrecht des Reichstags und eine öffentliche Kontrolle. Der deutsch-englische Flottenvertrag von heute aber ist mit einem selbstherrlichen System abgeschlossen, das völlig unkontrolliert wirtschaftet und seine Fähigkeit zur Täuschung in der Frage der Luftrüstung bewiesen hat. Aber jedenfalls wird dieser Vertrag



Es ist noch viel Platz frei!

der Verewigung der schweren Struktur-schäden der deutschen Wirtschaft. Der Flottenbau ist wieder von der wirklichen Konjunktur fort. Das System wird ihn als großzügigen Weg zur Arbeitsbeschaffung anpreisen — wie es übrigens zur Zeit der wilhelminischen Flottenpropaganda immer geschehen ist — aber die Lage der Wirtschaft außerhalb der Rüstungszone wird nur umso kritischer werden! Das deutsche Volk wird schließlich nur noch ein Anhängsel zu Heer und Flotte sein!

Das deutsch-englische Abkommen

Die Wiederanknüpfung an das wilhelminische System ist eklatant. Oder doch nicht, weil der Flottenbau mit einer Verständigung mit England beginnt, während das wilhelminische System ihn gegen England durchgeführt hat? Aber man erinnere sich, daß die Wirkungen des Flottenbaus auf das deutsch-englische Verhältnis nicht im Anfangsstadium eintraten, sondern mit voller Stärke erst in späterer Zeit. Und als es soweit war, wurde ebenfalls über ein englisch-deutsches Flottenabkommen verhandelt. Damals wünschte England ein Rüstungsabkommen technischer Art, Deutschland ein politisches Abkommen. Das Ziel der deutschen

Bindung zwischen dem technischen Rüstungsabkommen und den politischen Aspirationen her, sondern man sucht den politischen Zweck stufenweise zu erreichen. Das technische Rüstungsabkommen ist erreicht. Das war nicht weiter schwer; denn es kostete den Engländern nur die Opferung einiger Vertragsreste und einige französische Zornausbrüche. Aber ist es wahrscheinlich, daß auch das politische Ziel erreicht wird, das politische Ziel, an dem Wilhelm II. und Bethmann-Hollweg gescheitert sind? Ist es wahrscheinlich, daß England neutral sein wird, wenn die Hitlerpolitik die kontinentale Auseinandersetzung des Weltkrieges noch einmal von vorne anfangen will, um den Gang der Geschichte von 1914 bis 1918 zu korrigieren?

Damit ist die Problematik des deutsch-englischen Flottenabkommens berührt. Ist es ein Sieg Hitlers, eine Wendung der englischen Politik zu Deutschland hin?

Es ist wahr, daß es ein neuer Bruch der Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags ist, daß es mit der Stresafrent unvereinbar ist, daß es mit einer Reihe von Verträgen und Rechtserklärungen ebensowenig vereinbar ist — aber wenn die Engländer sich auf das Argument zurückziehen: besser dies Abkommen als

bis zu den englischen Wahlen nicht durch unangenehme Entdeckungen gestört werden, wenn auch seine angebliche Kraft zur Verhinderung des Wett-rüstens bis dahin schon reichlich diskre-ditiert sein dürfte.

Aber ist nun die große Bresche ge-schlagen, England für Hitler gewonnen, die englische Neutralität erkaufte? Keines-wegs. Es ist keine Rede davon, daß Hitler das Terrain zurückgewonnen hätte, das er England gegenüber verloren hat. Man muß schon das beflissene und berechnende Ge-schrei der deutschen Propaganda für Wirklichkeit nehmen, wenn man dies glaubt. Im Gegenteil: Nach diesem Abkommen ist England stärker an Frankreich gebunden als zuvor. Es ist ein offenes Geheim-nis, daß die englische Politik in der fran-zösischen Luftflotte eine Sicherung gegen einen Luftangriff auf England erblickt. Die Verschiebung der Stärkever-hältnisse zur See durch die deutsche Auf-rüstung zwingt die englische Politik auch in den französischen Seestreitkräften eine notwendige Ergänzung ihrer Kraft zu erblicken. Die Lage wird immer ähnlicher der Vorkriegszeit, in der Frankreich die Konzentrierung der englischen Hauptmacht in der Nordsee er-möglichte durch ein Abkommen, das die französische Kanalküste entblößte und die französische Flotte im Mittelmeer konzen-trierte, und ebenso wenig, wie damals könnte England heute eine Vernichtung oder wesentliche Schwächung der fran-zösischen Flotte dulden. Deutsche Macht-politik im Stile Wilhelms II. oder Hitlers wird niemals die englische Politik für sich gewinnen. Sie kann erreichen, daß sie in einigen Punkten ein freundlicheres Ge-sicht zeigt und damit dem System inneren propagandistischen Vorteil verschafft, aber in den großen existentiellen Fragen, bei der Verwirklichung ihrer ausschwei-fenden Macht- und Hegemonieträume wird sie im entscheidenden Augenblick die eng-lische Politik auf der anderen Seite finden.

Max Klinger.

Das staatsgefährliche

Summen

Das Darmstädter Schöffengericht ver-urteilte drei Arbeiter aus Sprendlingen wegen verbrecherisch staatsfeindlicher Gesinnung zu zwei Jahren Gefängnis, weil sie »den In-haber einer Wirtschaft durch Summen staats-feindlicher Lieder belästigt und zum Her-unternehmen des Hitlerbildes gezwungen haben.

Deutschgläubige

Wissenschaft

»Der Nationalsozialismus anerkennt keine voraussetzungslose Wissenschaft. Wir fordern eine deutschgläubige, nicht eine objektive Geschichtsforschung.«

(Der Völkische Beobachter in einer Pole-mik gegen den Geschichtsforscher Prof. Dan-nenbauer.)

30. Juni der Literatur?

Das Neue Geschlecht. — Der Kampf um die Futterkrippe.

I.
Man frage aufrichtige deutsche Pädago-gen, wie es in der Hitlerjugend aussieht; wenn sie sich sicher fühlen, gibts nur eine Antwort: Diese Jugend ist roh, anmaßend, bramarbasierend, eitel, lernfaul, nur die brutale Gewalt respektierend. So stehts auch um ihre Wortführer, nur kommt bei denen ein Schuß Demagogie und Futterneid hinzu. Die Besten dieser Jugend wenden sich ab oder sind hoffnungslose Utopisten und warten noch auf das Wunder. Im literarischen Le-ben drückt sich das in der Hoffnung auf irgend etwas Formneues, Renaissancehaftes aus, und das Warten wird immer dringlicher. So schreibt ein Junger in den Schlesischen Monatsheften, Blatt der NS-Kulturgemein-schaft, unter dem Titel: »Was erwartet die junge Generation von Sprache und Dich-tung?«:

»Wir haben vieles von dem, was uns lieb war, fortgegeben, weil wir den Glauben haben, solche freiwillige Entäußerung des Ueberlieferten, aber nicht mehr zu innerst Besessenen, müsse mit einer neuen Fülle und einem neuen geistigen Besitz belohnt werden... Wir warten also. Ernst, bitter ernst. Warten auf ein Erwachen, Wachsen und Fruchten derjenigen Kräfte unsres Volkes, aus denen Sprache und Dichtung in geheimnisvoller Schöpfung von Anfang her geboren wurde und noch wird.«

In solchen Stimmen schwelt immer die Unzufriedenheit mit dem bisherigen Leer-lauf des Nazi-Kunstbetriebes. Tüchtige brau-ne Novizen möchten diese Wartekonjunktur

Nunmehr liegt der volle Wortlaut des Wehrgesetzes vom 16. März 1935 vor. Bemerkenswert ist dazu vor allem, daß der Oberbefehlshaber über die drei Waffengat-tungen Landheer, Kriegsmarine und Luft-waffe der Reichskriegsminister Blomberg ist. Damit ist Görings Versuch, selbstherrlich über die Luftwaffe zu verfügen und von dort aus die Verfügungsgewalt über die Ar-mee zu erlangen, zunächst als gescheitert zu betrachten. Blomberg vereint mit seinem Oberbefehl über die Wehrmacht zugleich die Verwaltung des Kriegsministeriums. Zentra-listisches Führerdenken bildet sich ein, damit seien die vor dem Kriege so charakteristisch gewesen Widersprüche und Reibungen zwischen Landheer und Marine überwunden. Tatsache jedoch ist, daß diese Widersprüche vor dem Kriege Interessenwidersprüche waren. Die Landarmee wurde vorwiegend von den Konservativen beherrscht, und diese haßten bekanntlich die Flotte, die sie jenem flottenlustigen Teil des Kapitalismus nur um den Preis gewährten, daß dieser ihnen hohe Agrarzölle einräumte. »Ohne Kamitz keine Kühner« war die Formel dafür. Es ist selbst-verständlich, daß die einheitliche Verfügungsgewalt über die gesamten Streitkräfte auch heute noch keine Garantie für wirkliche Ein-heitlichkeit darstellt, denn die verschiedenen außenpolitischen Zielsetzungen, Kolonien oder keine, gegen Rußland oder mit Ruß-land, große oder kleine Flotte usw. haben selbstverständlich ihre militärischen Aus-wirkungen und Konsequenzen.

Interessant ist ferner, daß schon jetzt im Gesetz der Pausus enthalten ist, daß »die Belange der Wehrmacht im Kriege allen vorangehen.« Man meldet die unverhüllte Militärdiktatur an. Die Ein-flüsse der Zivilen gingen den Militärs im Weltkrieg ja bekanntlich noch zu weit. Aber auch der oberste Kriegsherr, der Kaiser, hatte sich über die Ignorierung seiner werten Per-son beklagt. Das soll morgen noch systema-tischer mit anderen geschehen. Man baut also vor.

Und noch mehr: Man fängt schon an, die NSDAP in den Hintergrund zu drängen. Das neue Wehrgesetz anerkennt keine Ein-heit von Partei und Staat, denn es schreibt vor:

»Die Soldaten dürfen sich politisch nicht betätigen. Die Zugehörigkeit zur NSDAP oder einer ihrer Gliederungen oder zu einem der ihr angeschlossenen Verbände ruht für die Dauer des aktiven Wehrdienstes.« (§ 26, [1])

»Die Soldaten bedürfen der Erlaubnis ihrer Vorgesetzten zum Erwerb der Mit-gliedschaft in Vereinigungen jeder Art so-wie zur Bildung von Vereinigungen inner-halb und außerhalb der Wehrmacht.« (§ 26, [3]).

Die SA damit tatsächlich endgültig aus-geschaltet und die eben eingesetzte neue Verhaftungswelle und Schließungen vieler SA-Lokale kann gewiß auch als ein Echo des Wehrgesetzes und der neuen Wehrpraxis auf-

nützen und donnern gegen alles, was ihnen den Weg versperrt; sie verweisen, wie jüngst in den Studentischen Blättern, auf die Star-honorare und auf Artikel, wie einem im Berliner Filmkurier, der bedrückt feststellte, daß seit Ausscheiden der jüdischen Konkur-renz die verbliebenen Regisseure und Darstel-ler phantastische Honorare verlangen. Es sei beschämend, »daß zuerst einmal sehr viele namhafte Künstler einen fast sportlich an-mutenden Trieb entfallen, in eigenmächtiger Weise ihren Seltenheitswert unter Beweis zu stellen...«

Das ist natürlich all den Dränglern, die im Schatten stehen, Wasser auf ihre Mühlen. Sie alarmieren befreundete Federn und alle erreichbaren Dilettanten, es quirit herrlich durcheinander, es sieht beinahe aus, wie neuer »Sturm und Drang« — und ist doch nur demagogischer, mit allen Mitteln der abge-stempelten Gesinnung aufgezogener Kampf um die Futterkrippe.

II.

In ihrer Zeitschrift »Neue Literatur«, wehren sich die Arrivierten verzweifelt gegen den Ansturm. Es wird da ein Artikel zitiert, den ein Pg. Dr. Gunter Haupt (Mitglied des Präsidialrates und Geschäftsführer der Reichschrifttumskammer) in dem Sammel-werk »Deutscher Geist 1935« erscheinen ließ. Unter dem Titel »Die geistpolitische Revolu-tion« fordert er nicht mehr und nicht weni-ger als einen 30. Juni der Literatur. Abszisagen sind alle »Aelteren« und alle, die es wagen, Dichtung ohne braune Tendenz zu veröffentlichen. Hier ein Auszug aus dem Artikel, wie ihn die »Neue Literatur« ver-öffentlicht:

gefaßt werden. Durch den schon früher ergangenen Reichswehrrerlaß, daß Neu-geburten nicht in die Wehrmacht aufgenommen werden dürfen, ist außerdem besonders die SS betroffen. Verständlich also, wenn das Thema Partei und Wehrmacht heute über-all eifrig diskutiert wird. Dennoch hat die Ausschaltung der SA, so wie sie nun erfolgt ist, politisch und militärisch gesehen keine so große Bedeutung, wie vielfach angenom-men wird, denn gegen die SA haben andere militärische Kreise unter grundsätzlich an-deren Gesichtspunkten gekämpft, als die nun zum Zuge gekommenen Leute um Blomberg, die innerhalb ihres Bünd-nisses mit Hitler nur um einen größeren Machtanteil kämpfen, ansonsten aber doch mit diesem Regime aufs engste verbunden sind. Anders war schon die militärische Gruppe um Schleicher zu bewerten, aber diese ist restlos unterlegen — trotz der völ-ligen Niederlage der SA. Dennoch hat es auch an anderen Stellen des Wehrgesetzes den Anschein, als sei gerade der National-sozialismus völlig unterlegen. So z. B. wenn man beachtet, daß sich die Wehrwürdig-keit nicht auf Schutzhäftlinge und in Kon-zentrationslagern festgehaltene Wehrpflich-tige erstreckt. Nur wer gerichtlich bestraft ist, ist wehrwürdig, aber auch hier hat das Reichskriegsministerium weitreichendes Einspruchsrecht, das es den unteren Behör-den übertragen kann. Es ist ein unaus-sprechlicher Wirrwarr, der in die-sem Wehrgesetz herrscht, und wenn man da-zu noch die Verordnung über die Musterung und Aushebung studiert und andere Spezial-verordnungen berücksichtigt, merkt man, wie um die Formulierungen hinter den Kulissen geboxt wurde. Ein Paragraph schränkt den anderen ein oder hebt ihn gar auf. Einmal sind die Arier ihres Blutes wegen die ge-borenen Krieger, andererseits die Juden für die Wehrmacht untragbar, dann schließlich hagelt es Ausnahmestimmungen für die Arier, wobei sich herausstellt, daß wohl doch nicht nur mit dem Blut ohne Charakter usw. Krieg geführt wird, zugleich macht man Ausnahmen bei den Juden und führt so das alberne Rasseprinzip zweimal ad absurdum. Blut war ja immer ein besonderer Saft — und besonders für das Kriegsministerium, aber die Blut-Theorien des Wehrgesetzes sind ganz besonders saftig.

Als eine Glanznummer stellen die neu-deutschen Akrobaten den Fortfall des Einjährigen hin. Und es gibt drinnen und draußen Publikum, das die Taschen-spielerkünste nicht durchschaut und Beifall spendet. Aber wie man gegen den Kapitalis-mus kämpfen kann, weil man ins feudale und zünftlerische Mittelalter zurück, statt über den Kapitalismus hinaus zum Sozialis-mus vorstoßen will (die deutschen Junker sind ja auch »antikapitalistisch«); so kann man auch gegen das Einjährigenprinzip aus zweierlei grundverschiedenen Motiven kämp-

fen: rückwärts- und vorwärtsgerichtet. Scharnhorst hat an die Stelle des Geburts-vorrechtes bei der Offiziersauslese das Prinzip der Bildung gesetzt. Der Na-tionalsozialismus setzt an die Stelle der Bil-dung das »Blut«, die Rasse, die partel-fromme Gesinnung. Andere Gegner des Ein-jährigenprinzips, Anhänger und Vertreter eines Wehrsystems, das schon Elemente einer moderneren Epoche in sich birgt, wollen al-lein Charakter, Leistung, also Qua-lität entscheiden lassen. Hier soll das Offizierskorps aus einer natürlichen Aus-lese erwachsen, ausschlaggebend sollen weder politische noch soziale Interessen, sondern ausschließlich militärische sein. Sicherungen gegen aufkommende Klassen sind da also nicht notwendig. Zu Scharnhorsts Zeiten war es das Bürgertum, das die Bildung feierte und die Geburtsvorrechte verschmähte. Die Blutlosigkeit, das ist die Ideologie des klein-bürgerlichen Nationalsozialismus, der die Bildung im Namen des Blutes, das bei ihm sprechen kann, verschmäht. Wie also kann er die Bildung zur Grundlage des Offizierskorps machen?, er hat sie doch nicht, will aber das Offizierskorps beherrschen! Also muß er sie ablehnen und den rein subjektiven und will-kürlichen Maßstab des Blutes anlegen. Steht die Bildung nach Göbbels eigenen Worten nicht noch heute zum größten Teil gegen den Nationalsozialismus, weil ein erheblicher Teil des Bürgertums die zünftlerisch-feudale Enge des Nationalsozialismus einfach nicht mehr ertragen kann? Der »preußische Sozialis-mus« beruft sich auf den Soldatenkönig. Vor-ausgesetzt, dieser hätte sich, würde er noch heute leben, nicht weiterentwickelt, so wäre das begründet, aber bei Scharnhorst sind sie noch heute nicht angelangt, selbst nicht ein-mal bei jenem, der gestern zeitgemäß war. Sie greifen zurück zum Geburtsvorrecht, das Blut, das man gratis bei der Geburt erhält, für das man selbst nichts zu tun braucht, das wird ihr Maßstab, Bildung muß man sich erwerben, Blut kann man erben, es lebe das Blut! Aber um Gotteswillen, am Ende steckt in diesem Blute doch irgendwie etwas marxistischer Geist, darum rasch noch weitere Sicherungen. (Siehe Wehrwürdig-keit!) Und das alles genügt noch nicht, und so hat das Reichsministerium ein Merkblatt über das Offizierskorps des Beurlaubtenstandes herausgegeben. Darin heißt es u. a.:

»Die Offiziersanwärter... müssen je-doch nach Auffassung, Persönlichkeit und Lebenswandel den an Führerpersönlich-keiten zu stellenden Anforderungen entspre-chen, geordnete wirtschaftliche Verhältnisse nachweisen und für sich und gegebenenfalls ihre Ehefrau den Nachweis arischer Abstammung er-bringen.«

»Geordnete wirtschaftliche Verhältnisse nachweisen« — das ist die Ueberwindung des Einjährigenprivi-leg, die »revolutionäre Ablehnung des Besit-zgesichtspunktes«. Ach, sie haben nur die Bildung vom Besitz ge-

Ben geschenkt Villa wehmütig die Hände und zitiert den Baccalaureus aus dem Faust: »Hat einer dreißig Jahr vorüber, so ist er auch schon so gut wie tot. Am besten wärs, euch zeitig totzuschlagen... Man hat uns deutlich genug mit dem 30. Juni gewinkt...« Und er meint mit dem »uns« wohl die ganze namhafte Clique der Blunk, Johst, Bronnen, Ewers usw. Das alles sei unschön in einer Zeit »vorbild-licher literarischer Jugendfürsor-ge« — und dies ist wahrlich das richtige Wort für die von Göbbels betreute Dilettan-ten-Zucht. Geradezu »jüdisch« seien solche Angriffe, meint der bedrohte Vesper:

»Im Grunde ist ja dieses ganze Litera-tengeschrei, als stände in der Dichtung eine ältere Generation einer jüngeren im Wege, Zeugnis einer Anschauung, die aus den Zeiten der jüdischen Literatur-Kon-fektion stammt, wo es wirklich darauf ankam, die »Konkurrenz« »madig« zu ma-chen...»

Ueber einsamem, hartem Kampf sind wir »alt« geworden, haben jeder an seiner Stelle das unsre dazu getan, daß ein neues Deutschland heraufkam, und nun hätte viel-leicht mancher — ach nicht Preis und Eh-rungen — aber doch zum Aufatmen ein freundliches Wort verdient. Aber nun heißt es plötzlich, er stehe der Zukunft im Wege und unwissende Roizjungen rempeln ihn an, bedrohen ihn und werfen ihn mit den gemästeten Landesverrättern in einem Topf.«

Das wäre — bei Wotan! — ein erfrischen-der Ausschnitt aus der neuen Volksgemein-schaft mit dem neuen Kameradschaftsgeist. Aber keiner dieser Oberbarden, der in Gänse-füßchen alt und braun geworden ist, will zü-geben, wer diese »unwissenden Rotzjungen« verschuldet. Wie der Führer jegliche Schuld

Ben geschenkt Villa wehmütig die Hände und zitiert den Baccalaureus aus dem Faust: »Hat einer dreißig Jahr vorüber, so ist er auch schon so gut wie tot. Am besten wärs, euch zeitig totzuschlagen... Man hat uns deutlich genug mit dem 30. Juni gewinkt...« Und er meint mit dem »uns« wohl die ganze namhafte Clique der Blunk, Johst, Bronnen, Ewers usw. Das alles sei unschön in einer Zeit »vorbild-licher literarischer Jugendfürsor-ge« — und dies ist wahrlich das richtige Wort für die von Göbbels betreute Dilettan-ten-Zucht. Geradezu »jüdisch« seien solche Angriffe, meint der bedrohte Vesper:

»Im Grunde ist ja dieses ganze Litera-tengeschrei, als stände in der Dichtung eine ältere Generation einer jüngeren im Wege, Zeugnis einer Anschauung, die aus den Zeiten der jüdischen Literatur-Kon-fektion stammt, wo es wirklich darauf ankam, die »Konkurrenz« »madig« zu ma-chen...»

Ueber einsamem, hartem Kampf sind wir »alt« geworden, haben jeder an seiner Stelle das unsre dazu getan, daß ein neues Deutschland heraufkam, und nun hätte viel-leicht mancher — ach nicht Preis und Eh-rungen — aber doch zum Aufatmen ein freundliches Wort verdient. Aber nun heißt es plötzlich, er stehe der Zukunft im Wege und unwissende Roizjungen rempeln ihn an, bedrohen ihn und werfen ihn mit den gemästeten Landesverrättern in einem Topf.«

Das wäre — bei Wotan! — ein erfrischen-der Ausschnitt aus der neuen Volksgemein-schaft mit dem neuen Kameradschaftsgeist. Aber keiner dieser Oberbarden, der in Gänse-füßchen alt und braun geworden ist, will zü-geben, wer diese »unwissenden Rotzjungen« verschuldet. Wie der Führer jegliche Schuld

Das Fiasko der braunen Arbeiterpolitik

Arbeitskammern ohne Arbeiter — Mißtrauen und Gleichgültigkeit der Arbeiter

Seit der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften sind 22 Millionen Arbeiter und Angestellte in die Zwangsjacke der Arbeitsfront gepreßt worden, deren Entwicklung seitdem ein unentwirrbares Durcheinander von widersprechenden Auf- und Abbauerläsen aufzuweisen hat. Ein wuchernder Riesenapparat von braunen Bonzen ringt in völliger Isolierung von den Mitglieder Massen um die Posten. Unfähigkeit, Korruption und Mißwirtschaft sind die Kennzeichen für die Qualifikation zum »Arbeiterführer« im Dritten Reich geworden. In seiner Hilflosigkeit torkelt der Ley von einer Reorganisation seiner Arbeitsfront in die andere. Am 24. Oktober 1934 ist eine Verfügung Adolf Hitlers erlassen worden.

»In der er das Aufgabengebiet der Deutschen Arbeitsfront umrissen und für alle Zeiten festgelegt hat.«

Aber ein halbes Jahr später mußte sich der Ley der sogenannten Vereinbarung mit Schacht in Leipzig unterwerfen, bei der auch nicht ein Punkt der »für alle Zeiten festgelegten Aufgaben« übrig geblieben ist. Nun soll der Schachtplan vom 26. März 1935 in Kraft treten. Auf einer Tagung der Gesamtführerschaft der DAF verkündet Ley, daß künftig der Nazistaat auf drei Säulen ruhen wird: Partei, Wehrmacht und Arbeitsfront. Die Partei hat die notwendige Gesinnung zu verabreichen, die Wehrmacht den nötigen militärischen Drill und die Arbeitsfront stellt die große Gemeinde der Gläubigen. Ley meinte in seiner Rede etwas skeptisch:

»Die größten Schwierigkeiten zur Lösung dieser Aufgabe macht nicht die Sache an sich, sondern die Unzulänglichkeit der Menschen.«

Man scheint sich daran zu gewöhnen, daß »bei diesem oder jenem das in Jahrzehnten aufgenommene Gift marxistischer Zersetzung wirken will«. In dieser wenig hoffnungsvollen Stimmung verkündet also der Ley seine Anordnung zur Bildung der Reichsarbeitskammer der DAF, die Mitte Juni in Kraft gesetzt worden ist. Die RAK soll, wie Adolf Hitler vorsichtig hinzugefügt hat, kein Geschenk für die Arbeiter sein. Bemerkenswert ist die Zusammensetzung der Kammer. Leiter ist der Reichsleiter der DAF, Mitglieder sind Reichsbetriebsgemeinschaftsleiter, die Gauleiter der DAF, die Leiter der Ämter des Zentralbüros der Arbeitsfront und Einzelpersonen. Entsprechend der Reichskammer werden auch die nach Wirtschaftsbezirken zu bildenden 18 Arbeitskammern im Reich zusammengesetzt aus den Gauwaltern, den Gaubetriebsgemeinschaftswaltern, den Kreiswaltern, Einzelpersonen und je einem Abteilungsleiter aus der Gauverwaltung der DAF.

Die Leiter der Arbeitskammern werden durch Sonderverfügung berufen. Die sogenannten Arbeitskammern bestehen somit ausschließlich aus den besoldeten Nazibonzen, die gleichzeitig die Ämter in der Arbeitsfront inne haben, von Arbeitern oder Angestellten, die im Arbeitsprozeß stehen, ist weit und breit nichts zu sehen. Aber die so von der Arbeiterschaft hermetisch abgeschlossenen Kammern sind nicht in der Lage, von sich aus irgendwie zu sozialpolitischen Fragen Stellung zu nehmen, sondern sie sind gehalten, mit der Reichswirtschaftskammer, bzw. mit den territorialen Wirtschaftskammern gemeinsam zu tagen. Die Wirtschaftskammern aber sind reine Unternehmerinstitutionen, die ausschließlich aus Arbeitgeber zusammengesetzt sind. Die gemeinsamen Sitzungen haben auch nur Kundgebungen der Regierung entgegenzunehmen.

Während so die Arbeitskammern zur völligen Aktionsunfähigkeit verurteilt sind, werden die Wirtschaftskammern mit größter Handlungsfähigkeit in allen Wirtschaftsfragen ausgestattet. Die Arbeitskammern dagegen pfeifen auf die Partei. Im übrigen behalten die Unternehmer neben der Reichswirtschaftskammer ihren bisherigen Industrie- und Handelstag, der in eine Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern verwandelt wird. Die einzige Neuerung auf Unternehmenseite besteht darin, daß die örtlichen Handelskammern keinen direkten Zutritt zum Reichswirtschaftsminister mehr haben, sondern an ihre Spitze, die Arbeitsgemeinschaft, d. h. praktisch, daß die Monopolgewaltigen in der Zentrale zusammen mit Schacht herrschen, also auch auf Unternehmenseite die Kleinen einflußlos gemacht werden sollen.

Die Arbeitsfront behält nach der neuesten Proklamation des Ley folgendes dürftiges

Gebiet: 1. Pflege des Gemeinschaftsgedankens zwischen Unternehmer und Arbeiter, 2. Organisation eines Forschungsinstituts zur Ermittlung des »gerechten Lohnes«, 3. Ehren- und Disziplinarhof, 4. Schaffung einer »vorbildlichen« Geschäftsordnung.

Man kann es verstehen, wenn die Arbeiter ihre Beiträge zur Arbeitsfront heute nur noch als »Bonzensteuer« bezeichnen. Auch die Betriebszellenobmänner der Nazis fühlen allmählich die Unhaltbarkeit ihrer Lage, wenn sie diese arbeiterfeindliche Neuorganisation den Belegschaften gegenüber vertreten sollen. Das Blatt der Bergarbeiter meint:

»Schwierig wird die Lage für den Obmann insbesondere dann, wenn die Pflichten, die ihm als Gefolgsmann obliegen, in Widerstreit geraten mit seinen Verpflichtungen als Organ der NSBO.«

Die Berichte aus den Betrieben zeigen übereinstimmend, daß in der Arbeiterfrage außer dem negativen Erfolg der Zerstörung der Gewerkschaften keinerlei positives Ergebnis des deutschen Faschismus aufzuweisen ist. Es ist weder gelungen, die Arbeiter und Angestellten innerlich an den Hitlerstaat zu binden, noch wird die Arbeitsfront irgendwie als Vertretung der schaffenden Menschen anerkannt. Die Versammlungen weisen trotz allen Terrors den schlechtesten Besuch auf,

und soweit Anfragen möglich sind, müssen sich die Referenten mancher Verlegenheit aussetzen. Fragen, wie die nach dem Abbau der hohen Reichstagsdiäten und der Riesengehälter der Parteibeamten kehren immer wieder. Der Organisationsbetrieb funktioniert in keiner Weise. Kartotheken, die heute angelegt sind, werden morgen aufgehoben, die Hauskassierer wechseln fortwährend, die Beitragszahlung ist mehr als schleppend, die Unterstützungen stehen in keinem Vergleich zu denen der früheren Gewerkschaften. Die Buchdrucker hatten z. B. früher Anspruch auf eine Arbeitslosenunterstützung von etwa 70 Mk. monatlich bis zu 40 Wochen, heute gibt es bestenfalls bei »Bedürftigkeit« die Hälfte bis zu höchstens 16 Wochen; bei einem Wochenbeitrag von 1.10 Mk. der Fabrikarbeiter werden 0.60 Mk. allein für die Naziverwaltung verbraucht. Um den Einfluß der einzelnen Reichsbetriebsgemeinschaften auszuschalten, hatte die Arbeitsfront das gesamte Unterstützungswesen in Berlin zentralisiert, d. h., daß schon nach zehn Tagen 70.000 Anträge vorlagen, die von den 800 Angestellten nicht mehr bewältigt werden konnten. In wenigen Wochen lagen mehrere Hunderttausend Unterstützungsanträge unerledigt im neuen Amt für

Selbsthilfe. Ein Riesenkrach, Prügelei und polizeiliche Besetzung waren die Folge, die Leidtragenden blieben die arbeitslosen und invaliden Mitglieder, die vergeblich auf die Unterstützung warteten. Soviel Unfähigkeit einer Verwaltung war noch nie auf einem Haufen zu sehen. Dabei wimmelt es in der Arbeitsfront von »Waltern«: Betriebszellenwalter, Straßenzellenwalter, Betriebszellenobmann mit unterstellten Betriebswaltern und Betriebswarten, Blockleiter und Vertrauensmänner und wie sie alle heißen, haben allmählich ein Durcheinander ohnegleichen erzeugt. In Sachsen werden bei einer Zwangsmitgliedschaft von 1.700.000 Personen beschäftigt:

72.000 Blockwalter
19.000 Zellenwalter
15.000 Betriebswalter
1.270 Ortsgruppenwalter
27 Kreisleiter.

Da frage noch einer, wo die Hunderte von Millionen Arbeitergrochen bleiben, die die Arbeitsfront von gekürzten Löhnen erpreßt. Und nun bildet sich der Ley ein, mit der neuesten Ueberorganisation seiner Nazibürokratie, den Arbeitskammern, die deutschen Arbeiter für den Faschismus gewinnen zu können. Diese braune Amtswalterei kann schon heute als gescheitert angesehen werden. Die großen Selbsthilfeorganisationen der deutschen Arbeiterklasse sind mit dem schlimmsten Vandalismus zerschlagen worden, die organisierte Selbsthilfe des schaffenden Volkes aber lebt, an ihr wird der Faschismus zerbrechen müssen.

Verlagsanstalt »GRAPHIA« Karlsbad

Vier neue Bücher:

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN REPUBLIK VON ARTHUR ROSENBERG

Eine unabhängige, kritische und lehrreiche Geschichte. Der Historiker Rosenberg gibt mit vollendeter Klarheit, in knappem Stil und einfacher Sprache, einen dramatisch bewegten Bericht über die Tragödie der deutschen Republik, befreit von allen Legenden und Propagandamärchen, erfüllt auch von schonungsloser Kritik an Fehlern, warmer Anerkennung von Leistungen und strenger Objektivität gegenüber allen Richtungen.

Lieferbar als Leinenband oder kartoniert.

Preis für den Ganzleinenband (für die kartonierte Ausgabe in Klammern) in: Belgien 68.— (57.—) Frs. / Dänemark 11.85 (10.—) Kronen / Frankreich 38.50 (32.—) Frs. / Großbritannien —10.7 (—8.10) £ / Niederlande 3.70 (3.10) Gulden / Polen 13.50 (11.20) Zloty / Schweiz 8.— (6.50) Fr. / Tschechoslowakei 55.— (46.—) Kč / USA. 2.60 (2.10) \$.

Die Gewerkschaften in der Demokratie und in der Diktatur VON LEOPOLD FRANZ

Die erste Untersuchung des Verhältnisses zwischen Faschismus und Gewerkschaften. Der Verfasser verfügt über eine ebenso gründliche Kenntnis der Theorie als auch der Praxis der Gewerkschaften in den wichtigsten Ländern. Seine kritische Analyse liefert den Nachweis, daß der Faschismus in allen Ländern die Gewerkschaften zerstören muß, weil sie ihn an der Ausübung der totalen Macht im Staate hindern.

Preis in: Belgien 16.— Frs. / Dänemark 2.80 Kronen / Frankreich 9.— Frs. / Großbritannien —2.6 £ / Niederlande —90 Gulden / Polen 3.20 Zloty / Schweiz 1.90 Fr. / Tschechoslowakei 13.— Kč / USA. —60 \$.

DEUTSCHE FLÜSTERWITZE

Gesammelt und eingeleitet von JÖRG WILLENBACHER

415 deutsche Flüsterwitze! Wir hielten es für keine unwichtige Beschäftigung, sie zu sammeln und in Buchform der Öffentlichkeit darzubieten. Scharfe Pfeile, die die verfolgte Wahrheit abschießt gegen die humorlosen Emporkömmlinge, die jetzt im Dritten Reich Staatsmänner spielen, und die deren Gottähnlichkeit so gefährlich werden. Der Zeitgenosse wird gewiß mit Interesse durch dieses Brennglas auf die deutsche Gegenwart sehen. Doch auch dem künftigen Betrachter deutscher Wahn- und Fieberzeit wird diese Sammlung wesentlich dünken.

Preis in: Belgien 18.— Frs. / Dänemark 3.25 Kronen / Frankreich 10.50 Frs. / Großbritannien —2.10 £ / Niederlande 1.— Gulden / Polen 3.70 Zloty / Schweiz 2.20 Fr. / Tschechoslowakei 15.— Kč / USA. —70 \$.

VERSE DER EMIGRATION

Gesammelt von HEINZ WIELEK

Aus dieser Anthologie schreit die Stimme des unterdrückten freiheitlichen Deutschland. Wer dieses Buch anrührt, spürt den nie erlahmenden Herzschlag der deutschen Dichtung, die auch die Erniedrigung des Dritten Reichs nicht zu töten vermochte. Im Dunkel der deutschen Illegalität gehen diese Verse von Hand zu Hand. Die staatlich reglementierte Literatur des Dritten Reichs hat nichts, was sie dieser Sammlung entgegenstellen könnte.

Preis in: Belgien 22.— Frs. / Dänemark 3.85 Kronen / Frankreich 12.50 Frs. / Großbritannien —3.5 £ / Niederlande 1.20 Gulden / Polen 4.40 Zloty / Schweiz 2.60 Fr. / Tschechoslowakei 18.— Kč / USA. —85 \$.

BESTELLUNGEN DURCH JEDE BUCHHANDLUNG

Die Hitler-Not

1933 hat Hitler versprochen, binnen vier Jahren aus Deutschland ein Paradies zu machen. Fast zweieinhalb Jahre sind nun vorbei, und wer sich über die immer paradisiäcker werdende Lage der deutschen Arbeitnehmer unterrichten will, der werfe einen Blick in die letzte Nummer der »Bayerischen Blätter für das Gymnasialschulwesen«. Aber nicht etwa in den redaktionellen Teil, denn der ist — wie die gesamte Nazipresse — gegen Wahrheit imprägniert. In die spärliche Inseratenplantage jener Zeitschrift aber hat sich die höchst vielsagende und verräterische Annonce einer hannoverschen Versicherungsgesellschaft staatsfeindlich eingeschlichen, die den begeisterten Nazibürger wie folgt anredet:

»Notzeiten verlangen Notmaßnahmen! Das Einkommen hat sich bedeutend vermindert... Wie soll Ihre Familie durchkommen, wenn Sie ihr plötzlich genommen werden? Was soll aus den Lieben werden, wenn schon jetzt zu Ihren Lebzeiten das Durchkommen schwer und der Lebenskampf hart ist...«

Das ist ja allerhand, meine Herren! Lassen Sie werbetüchtige Miesmacherei nur dem Göbbels nicht zu Ohren kommen! Wer wird denn im Hause des Geheulenen vom Strick, bzw. im Dritten Reich von »Notzeiten« und »verminderten Einkommen« sprechen?

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 3.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 4.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postcheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.